

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Saar- u. Rheinl. Gebiet, Oesterreich, Estland, Litauen, Lettland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat. — Voll- bezugspreis für Februar 4.— Goldm.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Volk und Welt“ mit „Sied- lung und Ringreisen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Feldweert“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Telefon 292-295 Verlag: Telefon 2506-2507

Donnerstag, den 28. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Depotkassen Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einpaltige Nonpareille- zeile 0,70 Goldmark, Restanzeigen 2,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Gold- mark (Ausdrück zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Sturz der belgischen Regierung.

Brüssel, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Ablehnung des im vergangenen Jahre mit Frankreich vereinbarten Man- chester-Vertrages durch die belgische Kammer hat das Kabinett Theunis, das die Vertrauensfrage gestellt hatte, zum Rücktritt gezwungen. Die Ablehnung erfolgte mit 85 Stimmen der Sozialisten und Sozialisten gegen 79 Stimmen der Liberalen und Katholiken. Theunis, der seit drei Jahren im Amte ist, war bereits im vergangenen Jahre über die Frage der Genies Universalität gestürzt, hatte aber nach einer Regierungsreise von mehreren Wochen erneut die Regierung gebildet. Wie weit die belgische Außenpolitik durch den Sturz des Kabinetts Theunis, das die Verantwortung für die Ruhrpolitik Belgiens trägt, beeinflusst wird, hängt von der Nachfolgerschaft ab. Be- achtenswert ist immerhin, daß der Sturz der Regierung über eine rein belgisch-französische Angelegenheit erfolgte.

Sozialdemokratie und Ruhrbesetzung.

Brüssel, 27. Februar. (Gca.) In der belgischen Presse wird fort- gesetzt die Frage erörtert, ob die Besetzung des Ruhrgebiets Belgien finanzielle Vorteile geschaffen habe oder nicht. Die ökonomisch-sozia- listische Arbeiterpartei „Volksgazet“ faßt die Meinungen der verschie- denen Zeitungen zusammen in der Bemerkung: „Minister Jospin hat uns mitgeteilt, was das Ruhrgebiet uns gesichert hat. Leider vergißt er immer hinzuzufügen, wieviel wir aus dem Ruhrgebiet 1922 von Deutschland erhalten haben, und daß wir 1923 gar nichts erhalten haben.“

Revisionsdebatte im Unterhaus.

London, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus wurden am Mittwoch erneut verschiedene Anfragen an die Regie- rung gestellt, die sich auf die Erklärungen Hendersons über die Notwendigkeit der Revision des Versailler Vertrages bezogen. Mac- donald nahm in seiner Antwort Bezug auf seine Unterhaus- erklärung gelegentlich der gleichen Anfrage Lloyd Georges zu dem gleichen Gegenstand. Das Kabinett habe nie Erklärungen in der Art, wie es von Henderson gesagt, abgegeben, und nur die Erklä- rungen des Kabinetts seien bestimmend für die Politik der Re- gierung. Der ehemalige konservative Unterstaatssekretär Mac- Neill unterstrich, daß Macdonald, seit er Premierminister ist, nie- mals etwas Ähnliches wie Henderson gesagt habe. MacNeill äußerte ferner, daß Macdonald gezwungen sei, trotzdem mit Rücksicht auf die alarmierende Wirkung der Rede des Innenministers seine Ansichten über die von Henderson betonte Notwendigkeit der Vertragsrevision nunmehr vor dem Parlament klar auszusprechen. Macdonald betonte, die Regierung sei lediglich verantwortlich für das, was sie selbst offiziell erklären ließ, aber für nichts mehr. Schließlich beantragte MacNeill, daß das Haus entscheiden zu erkennen gebe, daß öffentliche Gegenstände in den Aufstellungen der Minister über die auswärtige Politik und über den Friedens- vertrag mit Rücksicht auf die alliierten Länder in Zukunft unter- bleiben müßten. Macdonald beharrte jedoch darauf, daß seine Erklärungen genügen müßten. Der konservative Abg. Grimshy unterstützte den Antrag MacNeills und betonte, daß die große Auf- merksamkeit, die die französischen und italienischen Blätter der Rede Hendersons geschenkt hätten, die Angelegenheit zu internationaler Be- deutung gebracht hätte und deswegen die Haltung der Regierung bezüglich des Versailler Vertrages erneut in Frage gestellt werden müsse. Mac Neill fragte den Premierminister, ob ihm klar sei, daß er über diesen Punkt nichts sagen habe. (Beifall bei der Opposition.) Macdonald antwortete: „Und daher beabsichtigt die Regierung nichts zu tun.“

Hg. Sir Frederic Hall fragte, ob die von Henderson getane Aufzählung auf der Grundlage urkundlichen Beweismaterials, wel- ches sich im Besitz der Regierung befindet, abgegeben worden sei, und ob Macdonald klar sei, daß die Antwort, welche er am Montag erteilte, sich überhaupt nicht auf diesen Punkt bezog, und ob er die schwache Lage erkenne, in welche das Unterhaus und das Land gebracht werde, wenn Minister Erklärungen selbständig abgaben, ohne den Premierminister vorher zu Rate zu ziehen.

Macdonald erwiderte: Ich stimme dem vollkommen zu. Ich habe eine Erklärung über die Außenpolitik der Regierung abgegeben, und das ist die Außenpolitik der Regierung, und ich freue mich, sagen zu können, daß die auswärtigen Regierungen voll- kommen verstehen, daß sie so ist.

Kennworthy fragte, ob Henderson in seiner Rede es nicht voll- kommen klar gemacht habe, daß er als Privatperson und nicht als Innenminister sprach. (Rufe: Nein! bei der Opposition.)

Eine Anfrage, ob er festgestellt habe, daß die Presseberichte über die Rede zutreffen oder nicht, verneinte Macdonald. Weitere Fragen gingen dahin, ob der Premierminister erklären werde, daß Aufzeu- rungen, die von anderen Ministern getan werden, nicht die An- sichten der Regierung darstellen und ob der Premierminister irgend- welche Schritte unternommen habe, um die Verantwortlichkeit seiner Kollegen, insbesondere angesichts der schädlichen Wirkung der- artiger Reden in anderen Ländern in Schranken zu halten.

Hier griff der Sprecher des Unterhauses ein und erklärte, man könne diese Angelegenheit nicht weiter verfolgen.

Nach Beendigung der Fragezeit bot jedoch MacNeill um die Genehmigung, die Vertagung des Hauses zu beantragen und

die Aufmerksamkeit auf eine bestimmte Frage dringlicher Vorfällig- keit zu richten, nämlich auf die Widerspruch, die von Ministern mit Bezug auf die Außenpolitik gemacht würden und darauf, daß die Regierung es unterlasse, angemessene Schritte zu unternehmen, um bei der öffentlichen Meinung der alliierten Länder den Ein- druck zu beseitigen, der durch Hendersons Rede über den Ver- sailler Vertrag hervorgerufen worden sei.

Macdonald fragte zur Geschäftsordnung, ob der Sprecher nicht die Ansicht vertreten würde, daß die Erklärung, die er, Mac- donald, abgegeben habe, nämlich, daß die Politik der Regierung die sei, die er bekanntgegeben habe, genüge, und ob eine Wieder- holung dieser Erklärung, die das einzige sei, was im öffentlichen Interesse gegenwärtig gesagt werden könne, nicht dem Hause aus jeder Schwierigkeit helfen könne. (Beifall bei der Arbeiterpartei.) Es handle sich um eine Erklärung, die außerhalb des Hauses ab- gegeben wurde, für die, wie klar dargelegt wurde, die Regierung in keiner Weise verantwortlich ist.

Der Sprecher erklärte jedoch, er glaube nicht, daß das Parlament, das dem Hause unterbreitet werde, sich auf die außer- halb des Hauses abgegebene Erklärung beziehe, sondern darauf, daß dies durch eine Beantwortung der heutigen Fragen nicht klargestellt werden sei. Auf Grund dieser Ansicht beantrage er, die Frage dem Hause zu unterbreiten.

Die gesamte Opposition und 4 oder 5 Mitglieder der liberalen Partei einschließlich Fringes stimmten zugunsten des Antrages MacNeills. Früher findet um 8,15 Uhr abends eine Debatte über Hendersons Rede statt.

Macdonald gibt Hendersons Rede preis.

Um 1 1/4 Uhr nachts meldet WTB. über die Abend Sitzung des Unterhauses:

Ramsay Macdonald sagte, Henderson habe, wie er selbst erklärt habe, offenbar unter dem Eindruck gestanden, daß er als Minister der Krone etwas sagen könne, wie eine Privatperson, was natürlich falsch sei.

Minister müßten mit dem Ernst und der Zurückhaltung sprechen, die ihrer Stellung zukämen.

Macdonald erklärte weiter, die Politik der Regierung sei in seiner politischen Rede enthalten, in der er erklärte, er könne über die umfassenden Fragen nichts sagen, bis der Bericht der Untersuchungskommission der Reparationskommission vor- liege. Die Reparationsfrage bleibe das erste Hindernis für eine allgemeine Regelung, und sobald diese Ausschüsse ihren Stand- punkt erklärt und die Reparationskommission ihn in Erwägung ge- zogen und sich darüber ausgesprochen hätte, glaube er, daß die Zeit für eine

vollständige Prüfung aller Probleme

gekommen sei mit der Absicht, sie im einzelnen zu behandeln und zu lösen. Der Premierminister führte darauf Stellen seiner poli- tischen Abweisung an, in der es am Schluß hieß, daß er alle seine Kräfte anspannen werde, um den repräsentativen Charakter und die Autorität des Völkerbundes zu verstärken. Nach diesen Ausführungen aus seiner politischen Rede erklärte Macdonald: „Das ist unsere Politik!“

Baldwin

sagte, daß die konservative Partei im Hinblick auf die Erklärung Macdonalds nicht auf einer namentlichen Abstimmung ihres An- trages bestehen werde, infolgedessen wurde der Zwischenfall als erledigt betrachtet.

Der englische Militärkontrollvorschlag.

Paris, 27. Februar. (Havas.) Die Völkerverkonferenz hat heute vormittag das englische Memorandum über die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland zur Kenntnis genommen und es dem Interalliierten Militärkontrollkomitee in Versailles, das unter dem Vorsitz von Marschall Foch steht, zur Prüfung überwies. Die Konferenz ist in Beratungen über eine Deutschland in der Militär- kontrollfrage zu erteilende Antwort eingetreten.

London, 27. Februar. (Reuter.) Das Memorandum, welches die Ansicht der britischen Regierung mit Bezug auf die Zukunft der alliierten Militärkontrolle in Deutschland enthält, sollte heute von der Völkerverkonferenz erörtert werden. Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß die britische Regierung nicht der Ansicht ist, welche in der kürzlichen deutschen Note dargelegt wird, daß die Not- wendigkeit für die Kontrolle Deutschlands jetzt aufgehört habe. Es bestehe jedoch in verantwortlichen Kreisen ein weitverbreiteter Wunsch, zu dem Stand der Dinge zurückzukommen, welcher Ende 1922 vor der Ruhrbesetzung herrschte, als die Alliierten einen Vor- schlag zur Ersetzung der Kollet-Kommission durch ein kleines Garantiekomitee für den Fall, daß Deutschland fünf die Ein- wohnung betreffende unerledigte Punkte durchführte, erörterten. Ein solches Garantiekomitee würde weniger kostspielig sein und einen Uebergang zwischen der bestehenden Kommission und einer Kontrolle durch den Völkerbund bilden.

Die vorstehend angekündigte Antwort ist die bisher noch aus- stehende Erwiderung auf die deutsche Note vom 8. Januar, die er- klärt, daß die Aufgabe der Interalliierten Militärkontrollkommission abgeschlossen sei, soweit sie die Kommissionsmitglieder in persönliche Berührung mit den Dienststellen der deutschen Armee bringe, und daß ihre weitere Tätigkeit keine Befugnisse bei diesen Dienststellen mehr erfordere.

Die Dunkelkammer.

Ehrhardt-Angst im Hitler-Prozess.

Die Verhandlungen vor dem Münchener Volksgericht- roffen programmäßig den ganzen rüberromantischen Film ab, den die weißblauen und schwarzweißroten Natio- nalsoldaten in jahrelanger Vorarbeit zusammengestellt hatten. Mit einer an sich sympathischen Offenherzigkeit bekennen sich die Angeklagten dazu, in langwieriger geheimet Zusammenarbeit die Revolution gegen Ber- lin vorbereitet und organisiert zu haben. Mit einer Selbst- verständlichkeit, als ob sie in ihren Verschwörerkonventionen zusammensäßen, erörtern sie alle Einzelheiten ihrer Briganten- politik.

Was am Vormittag der Oberländer Weber vor den Richtern und vor der Welt ausbreitete, das unterstrich und erweiterte am Nachmittag jener Böhner, der jahrelang als Polizeipräsident in Diensten der bayerischen Re- publik stand und bis zu seiner Verhaftung Rat am Ober- sten Landesgericht war! Man muß die Einzelheiten des Berichtes, den wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen, lesen, um begreifen zu können, wie es möglich war, daß dieses Bayern sich den Namen einer „Ordnungsjelle“ beilegen konnte. Die Angeklagten bezeugten übereinstimmend das Kleeblatt Kahr-Bossov-Seißer als der Teilnahme an ihrem Verbrechen schuldig. Alle Einzelheiten, die bisher in der Ver- handlung und vor ihr bekannt geworden sind, bieten den höchsten Grad der Wahrscheinlichkeit, daß diese Beschuldigungen zutreffen.

Zwar werden die drei nicht als Angeklagte, wie es sich gehörte, sondern als Zeugen und möglicherweise unter Eid ihre Aussagen machen. Sie werden natürlich versuchen, sich selbst zu entlasten, wenigstens die Strafbarkeit ihres Vorgehens abzuleugnen. Aber wie auch diese Zeugenaus- sagen ausfallen mögen und wie man auch über das Verhalten dieser edlen Drei am Putschtage selber urteilen mag, soviel war schon vorher bekannt und wird mit jeder Stunde der Ver- handlung mehrfach unterstrichen, daß sowohl der General- staatskommissar, als der Wehrkreiskomman- dant und der oberste Polizeikommandierende Bayerns an den langwierigen Vorbereitungen eines gegen Norddeutschland gerichteten bayerischen Putsches beteiligt war, und zwar in führender Stellung!

Das ist das Ungeheuerliche an dem ganzen Ereignis. Drei Männer in hoher Beamtenstellung, die der Republik Treue geschworen hatten und sich von der Republik be- zahlen ließen, haben ihre amtlichen Stellen benutzt, um gegen diese Republik den bewaffneten Aufstand zu organisieren und haben Hilfe genommen, von wo sie sich bot. Daß sie im letzten Augenblick zusammenklappten und Angst vor der eigenen Courage bekamen, ist kein Beweis ihrer Unschuld. Es macht ihre Gestalten nur unheimlicher.

Aber es ist ein öffentlicher Skandal, daß diese Verbrechen am deutschen Volke noch heute ihre hohen Be- züge aus der Kasse des verarmten Deutschland beziehen, daß der meuternde General Bossov bisher sein volles Gehalt bezog, nachdem er vor wenigen Tagen zurückgetreten ist, trotz seiner Meuterei und trotz bewiesener Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen noch seine volle Generalspension erhält. Es ist ein weiterer Skandal, daß der Kahr, nachdem er als General- staatskommissar und Margitenstädter abgewirksam hat, sich wieder auf seine frühere Stellung als Regierungs- prääsident für Oberbayern zurückziehen konnte und dort weiter als Statthalter der Monarchie Ränke gegen das „Deutschland von Weimar“ schmieden kann, von dem Obersten Seißer, der noch heute die bayerische Landespolizei komman- diert, gar nicht zu reden.

Man baut im Reich und in den Einzelländern Beamte zu Tausenden ab, und es ist sicher kein Zufall, daß davon in erster Linie treue Bekenner des republikanischen Gedankens betroffen werden. Aber das Reich, das den General Haffe nach Thüringen schickte, um den Kahr-Hitler-Ehrhardt-Stoß gegen Norddeutschland aufzuheben, hat es nur fertig gebracht, durch seine Aktion gegen die thüringische Arbeiterregierung die Aufmerksamkeit von dem kahrbayerischen „Saufstall“ — um in der Sprache der Weißblauen zu reden — abzulenken.

Es ist mehr Sinn in dem Unverständnis, der sich am 8. No- vember im Bürgerbräukeller entlud, als man das im ersten Augenblicke annehmen mochte; denn was die Hitler, Weber und Böhner bisher über ihre Beziehungen zu „Norddeutsch- land“ befundeten, und welche Achtung sie vor der nord- deutschen Reichswehr hatten, das schien ungeheuerlich und hat sich doch im Laufe der Ereignisse leier als nicht unbe- rechtigt erwiesen. Siegesfeier verkündete die Verschwörer, sie seien überzeugt gewesen, daß die norddeutsche Reichswehr nicht gegen Ludendorff vorgehen würde. Die Reichswehr ist nicht vorgegangen, trotzdem die Staatsautorität das erfordert hätte. Sie hat nicht einmal den Befehl dazu be- kommen. Man hat sie an der Grenze aufgehalten und sie gegen die „proletarischen Hundstschafen“ losgelassen, eine Beschäftigung, die ja sicher nicht ganz so große Anforderungen

stelle, als sie die Niederwerfung des Ludendorff-Hilfer-Brosches erfordert hätte. Wir sind allerdings überzeugt, daß die Reichswehr die Hoffnungen der Münchener Verschwörer zu schanden gemacht hätte, falls man nur in Berlin den Mut aufgebracht haben würde, ihr den notwendigen Befehl zu geben. So gut wie in Küstrin die Buchruckerheiden zusammengepflochten wurden, so gut wie die bayerische Landespolizei im Verein mit den Lossow-Truppen schließlich selbst auf Ludendorff feuerte, so gut hätten auch die übrigen Reichswehrteile ihre Schuldigkeit getan, wenn man sie nur zur Verteidigung der republikanischen Verfassung aufgerufen hätte. Ein Zweifel daran wäre eine Beleidigung der Reichswehrtruppen.

Nun hat aber das Volksgericht in die Eintönigkeit der Anklagen der Angeklagten gegen die Rahr-Gruppe eine überraschende Abwechslung gebracht. Es hat beschlossen, die Erörterung der Fragen, die den staatsrechtlich verfolgten Kapitän Ehrhardt betreffen, ebenso wie den Komplex der „norddeutschen“ Fragen in die Dunkelkammer der Geheimnis zu verweisen. Dieser Beschluß wird im In- und Auslande Ueberstimmung hervorrufen und Anlaß zu Betrachtungen geben, die dem Ansehen des Deutschen Reiches in keiner Weise förderlich sein werden. Es wird naturgemäß die Frage aufgeworfen, wie es überhaupt möglich war, daß in einem Teile der deutschen Republik der gewerksmäßige Putschist, der nicht nur wegen vollendeten Hochverrats, sondern wegen Anstiftung zum Meineid staatsrechtlich gesucht wird, der eine Dame, die ihm vertraute, jenes Prinzesschen Hohentlohe, zur Abgabe einer falschen eidlichen Aussage veranlaßte und sie dann ihrem Schicksal überließ — wie dieser Mann überhaupt in Bayern bei allen Behörden ein- und ausgehen und seine zersetzende Tätigkeit fortzuführen konnte. Man wird weiter fragen, welchen geheimnisvollen Einfluß dieser Anstifter zum Meineid und zum Hochverrat auf amtliche bayerische Stellen ausüben konnte, daß man ihn nicht nur ungeschoren ließ, sondern ihn sogar zum Organisator der berühmten „Rotpolizei“ an der thüringischen Grenze bestimmte.

Und weiter taucht die Frage auf, welche Beziehungen zu Norddeutschland bestanden haben, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Alles, was bisher im Hitler-Prozess verhandelt wurde, ist bereits so herabsehend für das Ansehen der deutschen Republik, daß auch die Aufdeckung der Ehrhardt-Geheimnisse kaum noch etwas schädigen könnte. Die Verweisung in die Geheimkammer wird dagegen den Eindruck vertiefen, daß außer den bekannten sich in Bayern noch Dinge abspielten, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben.

Der Reichsjustizminister stammt ja aus Rahr-Bayern, er hat sicherlich die nötige Möglichkeit zur Anteilnahme gehabt und könnte, wenn er wollte, vielleicht im Reichstag darüber Auskunft geben, welche Dinge und welche Beziehungen es sind, die sogar dem Münchener Volksgericht für so bedeutend erscheinen, daß sie nicht in öffentlicher Gerichtsverhandlung erörtert werden können. Aber Emminger lebt ja des naiven Glaubens, daß Ehrhardt nicht in Bayern, sondern bei Innsbruck seinen Wohnsitz habe. Da wird er auch wohl überzeugt sein, daß im Münchener Prozess alles in Ordnung sei. Und die breiten Massen des Volkes, die von der Mitbestimmung glücklich ausgeschaltet sind, haben lediglich das Recht, aber auch die Pflicht, sich über das Dunkelkammerverfahren ihre eigenen Gedanken zu machen.

Abbau der Republik.

Die kommentarlose Veröffentlichung des Protokolls über den famosen Beschluß der sogenannten Verwaltungs-abbaukommission ist eine Bestätigung der Angaben, die die republikanische Presse in den letzten Tagen gemacht hat, wie man sie unversorgener wirklich nicht hätte erwarten sollen. Die volksparteiliche „Zeit“ hat die Stirn, zu dem Protest zahlreicher Berliner Blätter zu bemerken: „Diese Maßnahme steht in gewissen politischen Kreisen auf starkem Widerspruch, scheint uns aber gerade deshalb ein Schritt in der rechten Richtung zu sein.“ Damit enthüllt das volksparteiliche Organ nur noch deutlicher den wirklichen Zweck dieser in ein sachliches Gewand gekleideten politischen

Das Lied vom Sterben.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Der in Berlin lebende Komponist Waldemar v. Bauherna verdient hohe Beachtung als ein Mann edlen Willens und tiefer künstlerischer Veranlagung. Er lebt in der Welt der Romantik mit keinem Herzen und erstrebt einen neuen Stil für das Oratorium, das durch Einzelgesang kontemplativer Art, Chor und sinfonische Ausmalung besonderer Stimmung jede äußere Handlung ersetzen soll. Er stellt sich also im „Hohen Lied vom Leben und Sterben“ den Text selber zusammen, April nachdenklicher, geistiger, philosophischer Art mit Akzenten der Wehmut, des Leides, der Lobesahnung. Neben Goethe, Märcke, G. F. Reger, Lisendorff steht Nietzsche und Hebbel, deren Texten die Musik nicht ohne Gewalt bekommt, steht dieberisch flaches (Mitter, Petri, Stern). Vor allem: man spürt innerhalb dieser Gedichtreihe keine organische Entwicklung eines einheitlichen Gedankens, wie ihn etwa Brahms im Requiem, Jäger in der Liebesmesse, selbst Wagner in seiner Kantate von deutscher Seele durchführt. Leben und Sterben — gewiß ist das ein Kontrast. Aber in ihm finden tausend Möglichkeiten der Stufung von Kommen und Jauchzen, von Klagen und Abschied. Sie hat Bauherna in einer seltsam wehen Einstellung zum Leben nicht annähernd vermittelt. Auch durch die Musik nicht. Er schreibt einen herben, an Brahms geknüpften Chorsatz, er schreibt, mit Wagners Hauptthema der Faust-Duettüre beginnend, einen sehr lotten, sehr ärmlichen oder sehr düsteren sinfonischen Satz. Auch hier weiß er die mittleren Schattierungen und gar die der Liebe nicht zu beschreiben, doch ist die Monotonie durch rhythmischen Schwung, durch rasendes Tempo vermieden. Wenig eingängig ist seine Melodie, sie scheint gar nicht aus der Sehnsucht nach dem Singen geboren, sondern aus der besten Verbindungsformel mit dem Orchester. Der ganze erste Teil des Wertes selbst unter dieser Stofflosigkeit; der zweite dagegen rafft sich zu großen und heiligen Erkenntnissen auf, vom tänzerisch bewegten Eingangssatz bis zum düster verfallenden Memento mori. Dieser Teil für sich hat die erstrebenswerte Einheit, die dem Ganzen abgeht. Hier ist auch die Wirkung tief, nicht nur alarmierend und äußerlich erzwingend. Hier wäre von dem Komponisten selbst zu lernen, wie etwa das ausstehende Oratorium wieder Lebenskraft erhalten könne. Theorie hin, Theorie her: die Tat entscheidet. Bauherna hat sie nicht geleistet, aber angedeutet. Vielleicht vollendet er sie in einem anderen Werk, das Jugend, Freude, Leben birgt. Der Chor der Singakademie wurde den Schwierigkeiten (bis auf einen A-cappella-Chor) gerecht. Doch hörte man die pp-Teile gar nicht mehr. Anknüpfend ist der Übergang von Singakademie zu Bühnensinfonie aufschlußreich nicht vollendet. Georg Schumann ist den sinfonischen Gebilden gegenüber hilflos; sogar der erregte Schlagzeugerwaller der Bühnensinfonie verliert die Geduld und den rhythmischen Sinn bei so unprägnanten Dirigieren.

Aktion. Auch das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht die politischen Absichten der Herren Busch, Dewald und Weiser: „Es kann im Ernst gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieser ganze Eingriff in das Reichsinnenministerium von einer politischen Tendenz diktiert, daß die „sachgemäße Bearbeitung“, die „Sparinteressen“ als Kalkül aufgebaut sind, hinter denen die wahre Absicht der Akteure verborgen ist.“

Das „Berliner Tageblatt“ fordert deswegen, daß dieser Beschluß von weittragender Bedeutung nachgeprüft werden muß:

„Es ist jetzt Sache des Reichsabinetts, des Reichstags und auch des Reichspräsidenten, die Ausführung eines Beschlusses zu verhindern, der die Republik schädigen soll und die Absicht hinter durchsichtigen Vorwänden versteckt. Es muß verhärtet werden, daß die Abbauforderung die ihr von der Republik anvertraute Macht zur Entfernung gerade der entschiedenen republikanischen Beamten mißbraucht.“

Die Reichsregierung schließlich und der Herr Reichsinnenminister sind nun freilich kaum Instanzen, von denen man eine Revidierung dieser republikfeindlichen Aktion erwarten kann. Sie wissen offensichtlich ganz genau, was dieser Beschluß bedeutet und aus welchem Grunde er gefaßt wurde. Die kommentarlose Mitteilung an die Öffentlichkeit ist in ihrem Schweigen berechtigt genug. Helfen könnte höchstens der Reichstag. Ob er eingreifen wird? Ob Demokraten und Zentrum es wagen werden, gegen den Stachel zu löten? Man muß nach allem, was man erlebt hat, allerdings mehr als ein Fragezeichen dahintersetzen.

Dr. Brauns und die Arbeitszeitverordnung.

Das Volk-Bureau verbreitet folgende Meldung, die aus dem Reichsarbeitsministerium stammt:

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Nummer 97 vom 27. Februar im Anschluß an die Rede des Reichsarbeitsministers in der Sitzung des Reichstages vom 26. Februar folgende Ausführung: „Herr Brauns sollte auch nicht vergessen, wie gerade er im Reichsabinett auf die Vorkriegsarbeitszeit in den wichtigsten Zweigen der Produktion immer wieder hingedrängt hat und es nur dem Einfluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihrer Minister zu danken ist, daß Herr Dr. Brauns nicht damals schon die Ziele erreichte, die er in der rein bürokratischen Regierung mit größerem Erfolg angestrebt hat.“ — Die Behauptungen, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind unzutreffend. Der Arbeitsminister hat sich nicht für die Vorkriegsarbeitszeit in der Produktion eingesetzt. Er hat im Gegenteil für die Schmarbeiter eine längere als die Vorkriegsarbeitszeit (z. B. für den Bergbau 8 Stunden, einschließlich Ein- und Ausfahrt) vertreten. Im 2. Kabinett Stresemann, dem auch die sozialdemokratischen Minister noch angehörten, hat der erste Entwurf der Arbeitszeitverordnung, der den Beratungen des interfraktionellen Ausschusses der vier Parteien der Großen Koalition vorgelegt worden ist, auf der Tagesordnung des 12. und 13. Oktober gehalten und ist einstimmig angenommen worden. Das sind die Tatsachen.

Soweit die Erklärung des Reichsarbeitsministers, Dr. Brauns bestätigt also, daß die Beschlüsse des Reichsabinetts, an denen sozialdemokratische Minister mitgewirkt haben, übereinstimmend mit den Abmachungen der vier Koalitionsparteien. Er verschweigt jedoch, daß die von ihm nach dem Austritt der sozialdemokratischen Minister erlassene Verordnung über die Arbeitszeit mit den Abmachungen nicht mehr übereinstimmte. Was besonders die Arbeitszeit im Bergbau betrifft, erklärt Dr. Brauns selbst, daß sie ursprünglich 8 Stunden, einschließlich Ein- und Ausfahrt betragen sollte. In der von ihm nach dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister erlassenen Arbeitszeitverordnung heißt es jedoch darüber:

Im Steinkohlenbergbau gilt als regelmäßige tägliche Arbeitszeit die Schichtzeit; sie wird anrechnet vom Beginne der Seilfahrt bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginne bei der Ausfahrt. . . .

Die Ausfahrt wird also nicht mehr zur Arbeitszeit gerechnet. Nehmliche Verschlechterungen sind auch in den anderen Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung hineinredigiert worden. Was die Politik des Reichsarbeitsministers aber, besonders kennzeichnet, ist die Praxis der „Schiedsprüche“, die seit Wochen geübt wird. Da wird ohne weiteres der Achtstundentag beseitigt und eine selbständige Wochenarbeitszeit und darüber festgelegt. Und solche Schiedsprüche werden dann noch — und das ist der Gipfel des Stands — für allgemeinverbindlich erklärt.

geladen. Das Chorische hatte er sicher studiert. Albert Fischer leistete als Vermittler menschlicher Stimmungen und Leidenswege Großartiges; Frau Günther-Kleinmann singt nicht sehr innerlich, Fräulein Elger und Paul Bauer waren beste Quartettstücken.

Die Gemeinschaft proletarischer „Musikfreunde“ gab in der Singakademie ihr zweites Chorkonzert dieses Winters. Diese singstarken Menschen sind von einer üppigen Aktivität. Sie scheint mir fast zu groß. Der Chorgesang des höchst begabten Dirigenten Valda Horenstein, der vom resoluten und feinführenden Chorleiter auch zum Sinfoniegestalter hochstrebt (und hier nicht immer mit Erfolg), bedarf gewiß eines breiten Forums der Entfaltung. Doch geht der „gemischte Chor“ hier nicht gleichen Schritt. Zweifellos war an dem Schluß des Oster-Dialog (den Dops neu entdeckte), an den englischen Madrigalen und zwei „Brunetten“ keifig geübt worden, und Horenstein holte an Stimmung heraus, was zu holen war. Aber familiäre schwerere Anfänge waren unsicher, schwabend, und im Klange des Werks noch lange nicht erreicht. Das erste Kunststück des 17. Jahrhunderts diente zudem einem naiven Publikum in gehäufter Darbietung nicht zuträglich, nicht willkommen sein. Es gibt doch neben den wehmütigen auch heitere, neben den getragenen auch springende, wichtige A-cappella-Gesänge, und das bekannte Volkslied wäre künstlerische, abwechslungsreiche Unterbrechung der schweren Kost. Zwei Fragen zum Schluß: Warum kontrolliert man die eingeladenen Besuche? Warum wird nicht geklärt? Es spornet Dirigenten und Sänger, wenn der Saal von ehrlichem Beifall widerhallt. Und den verdienen diese fleißigen Menschen zehnfach.

Hilde Kempe ist ein pianistisches Talent in seinen Anfängen. Es wechselt noch Gelungenes mit Verfehltem, technisch Einwandfreies mit Saloppen, Erlebtes mit Blaffen ab. Im temperamentvollen Satz wird das junge Mädchen lebendig, reißt mit und gefällt; im Gefangenen steht neben dem melodisch Erfüllten das leere Füllsel. Phrasierung und konstruktiver Bau bedürfen, besonders in der Fis-Moll-Sonate Schumanns, nach der Revision. Wesentlich reiner war der Eindruck bei Brahms Variationen über ein ungarisches Lied. Musikalität und Können ist vorhanden; wir erhoffen die baldige Reifung. Jolan Hefferich-Kalusay ist eine Sängerin von Kultur und Gesinnung. Wäre ihr Sopran in jedem Ton stabiler, schärfer, sie wäre eine erlebte Künstlerin. Sehr eindringlich, hart und fein bestimmten Wiedern nordischer Komponisten (besonders gut: Loida Kemta) war sie eine hingebend-erfolgreiche Interpretin. In dem jugendlichen Nicolai Orloff wächst ein persönlich empfindender, großer Pianist, vielleicht ein Künstler von Rang heran. Noch ist kein Chopin-Spiel nicht frei von Schabe, von Oberflächigkeit. Aber die H-Roll-Sonate gestaltet er doch schon als ein Berufener, als ein zum höchsten Strebender. Und D. F. W. Satz gibt der Bruckner-Bewegung (von der noch oft gesprochen werden soll) durch ein Konzert im Reichstag neuen Antrieb.

Es kommt aber noch schlimmer. Am 13. Februar erließ Dr. Brauns eine Verordnung, Ne die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten, ausschließlich der Pausen, auf 60 Stunden die Woche festsetzt. Wir erwähnen dabei gar nicht die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reichs bei gleichzeitiger Kürzung der Bezüge, die ebenfalls mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers zustande kam. Wenn Dr. Brauns also etwas Berichtigendes will, dann mag er zunächst seine reaktionäre Politik revidieren.

Thüringer Kurs.

Weimar, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Thüringer Industriellen bei der Reichsregierung vorstellig geworden sind, um eine weitere Besetzung Thüringens mit Reichswehr zu erreichen. Angeblich sollen sie sich sogar bereit erklärt haben, die Kosten für die weitere Besetzung Thüringens aus eigener Tasche zu bezahlen. Begründet wird diese Forderung u. a. auch mit einer Verheerung des ehemaligen kommunistischen Ministers und jetzigen Abgeordneten Dr. Korsch im Landtag. Korsch sagte u. a. zur Rechtfertigung: „Sie werden noch etwas erleben, wenn die Reichswehr abgezogen ist, wir werden den Spieß umdrehen, werden über Sie kommen, und ich fordere das Proletariat auf, mit allen Mitteln dafür zu kämpfen, daß die Regierung ersetzt wird durch die Diktatur des revolutionären Proletariats.“ Diese und auch andere Verheerungen kommunistischer Abgeordneter will man als Grund für eine weitere Besetzung Thüringens gelten lassen.

Die Säuberungsaktion der thüringischen Regierung des Ordnungsbundes hat bereits begonnen. Die Worte der Regierungserklärung, daß die neuen Männer nicht „parteilich“ regieren werden, sind also bereits wenige Stunden nach ihrem Ausspruch als Lüge gekennzeichnet worden. Bisher wurden die Ministerialdirektoren Brill und Rittweger, außerdem der Polizeimeister Eisele ihrer Stellen enthoben. Andere Sozialdemokraten sollen in den nächsten Tagen zur Ruhe gesetzt werden. Sie sind in ihrer Mehrzahl als Beamte pensionsberechtigt, so daß also die Parteien des Ordnungsbundes, die das „Sporen“ zu einem ihrer Programmpunkte erheben haben, außer den Gehältern für die Nachfolger, die Pensionen für die entlassenen Sozialdemokraten zahlen müssen. Es handelt sich also um eine „Reinigung der Luft“ — wie die „Zeit“ des Herrn Stresemann so schön sagt —, die sämtliche Parteien des Ordnungsbundes schon jetzt der Lüge überführt; denn ihr „Sporen“ drückt sich aus durch unnötige Ausgaben für neue Beamte, und die verkündete „unparteiliche“ Regentenschaft ist gleichbedeutend mit der Mäßigkeit aller Personen, die sich dem Schwindel des Ordnungsbundes nicht angeschlossen haben.

Frankreichs Kulturmission.

An verschleppten Deutschen in französischen Kerker.

Paris, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ hat am Mittwoch morgen unter Berufung auf eine von ihm dem zuständigen Stelle gegebene Information behauptet, daß in dem Deportationszuchthaus auf der Insel Ré sich keine von französischen Kriegsgerichten in den besetzten Gebieten verurteilten Deutschen befänden. Dieses Dementi ist eine Fälschung der Wahrheit. Tatsächlich sind in diesem Zuchthaus etwa 30 Deutsche, darunter höhere Beamte und Kaufleute, eingekerkert. Ihre Behandlung spricht den elementarsten Befehlen der Menschlichkeit hohn. Obwohl es zum weitaus größten Teil wegen politischer Verbrechen Verurteilte sind, sind sie durchweg mit gemeinen französischen Verbrechern zusammengepackt. Um die feilsche Pein der deutschen Gefangenen zu erhöhen, hat man sie streng voneinander isoliert. Die von deutscher Seite zur Verbesserung des Schicksals der Gefangenen eingeleiteten Verhandlungen haben bisher nur ganz geringfügige Ergebnisse zu erzielen vermocht.

Die Besprechungen über den Abschluß eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages werden nächste Woche in Angora zwischen dem deutschen Delegierten Freitag und den türkischen Delegierten beginnen.

Milgsteuer in Nordamerika. Das Repräsentantenhaus hat mit 191 gegen 65 Stimmen beschlossen, eine Milchsteuer von 50 000 Dollar an einzuführen, die progressiv bis zu 40 Proz. gehen kann.

Franz Diederichs Grab. Heute vor drei Jahren starb unser lieber Kollege und Genosse Franz Diederich, der Feuilletonredakteur des „Vorwärts“, aus dem Leben. Auf dem Stahnsdorfer Waldfriedhof fand der lieberfrohe Sänger der Heide und der Arbeit seine Ruhestätte. Tausende von schönheitshungrigen Arbeitern haben an seinen Wiedern sich erbaut und begeistert. Seine Grabstätte ist umrauscht von alten Bäumen und von den Stürmen, die er wie einer liebe, dem die Natur Herzensfreundin ist. Aber kein äußeres Zeichen läßt erkennen, wo seine Ueberreste ruhen. Am ist in Freundeskreisen angeregt worden, ihm ein schlichtes Grabmal zu setzen. Wer sich an diesem Akt der Freundesliebe beteiligen will, möge seinen Beitrag an die Redaktion des „Vorwärts“ senden. Es wird die Spenden sammeln und ihrem Zweck zuführen.

Der Siegeszug der Motorschiffahrt. Die Erkenntnis von den außerordentlichen praktischen Vorzügen des Motorschiffes setzt sich in der Schiffsahrtswelt immer entschiedener durch. Besonders in England hat man sich in neuester Zeit immer mehr den Motorschiffen zugewendet. Ueber die schnelle Zunahme der Motorschiffe in der Welt Handelsflotte unterrichten Zahlen, die in „Welt, Rederei, Hafen“ mitgeteilt werden. Danach betrug die Tonnage an Motorschiffen Mitte 1922 1 342 160 t, Mitte 1923 1 668 400 t. Noch deutlicher als in dieser Steigerung um 8 Proz. prägt sich das Vorwärtstreiben dieser modernen Schiffsahrt in dem Anteil an der im Bau befindlichen Welttonnage aus. Die im Bau befindliche Motorschiffstonnage hat sich im Lauf eines Jahres fast verdoppelt, und heute nimmt das Motorschiff schon den 5. Teil des auf den Werften der Welt im Bau befindlichen Schiffsraumes für sich in Anspruch.

In der Volkoper muß wegen Unfall und Erkrankung Mitstreifer die Reinsubstanzierung der „Verkauften Braut“ am einige Tage verschoben werden. Am Sonntag wird statt dessen „Madame Butterfly“ gegeben, mit Richard Tauber.

Vorträge. In der Gesellschaft für Geschichtskunde spricht Donnerstag abds. 8 Uhr im Institut für Meerestunde Dr. Kranzfeld über: „Das Geschichtsbild der Geisteskranken“. Eintritt 60 Pf. Mitglieder 40 Pf.

Käthe Hyan veranfaßt Sonntag abds. 8 Uhr im Berliner Rathenau einen Diederichsabend.

Im Stadium der Kriminalität des Kindes. Die zunehmende Verwahrlosung der Jugend ist eine Last, die von der Sowjetpresse mit Sorge verfolgt wird. An der Petersburger Universität ist seit Mitte der Diszession mittelt, eine Professur für das Studium der Ursachen und Erscheinungsformen des Verbrechens jugendlicher errichtet und auf diesen Lehrstuhl der Professor Gribobedow berufen worden.

Das metrische System in Rußland. Wie die „Pravda“ mitteilt, wurde das metrische System in sämtlichen Fabriken, Kaminen und öffentlichen Institutionen der Sowjetrepublik durchgeführt.

Emminger verteidigt sich.

Estern wurde im Reichstag die erste Befugnis des Reichstags fortgesetzt.

Abg. Joos (Z.) gibt zu, daß die Maßnahmen der Regierung verständlich seien. Die Reichsregierung müsse aber zugestehen, daß die Volkswirtschaft, die alle Wirkungen dieser Maßnahmen im Bereiche der Wirtschaft zu spüren bekommen, nur sehr schwer die Zurückhaltung üben können, die von der Regierung gewünscht wird. Man dürfe nicht sagen, daß der Mund über den Kopf herrschen will, wenn harte und bittere Worte der Kritik fallen. Das Ermächtigungsgesetz war ein ungewöhnlicher Vorgang. Es war notwendig, weil der Bewußtsein der Nation über den tückischen Verstand siegen mußte. Was der Kanzler an den Notverordnungen als „lebensnotwendig“ betrachtet, wird er uns noch näher erläutern müssen. Wenn wir die Härten der Verordnungen betrachten, haben wir ein Gefühl, als hätten wir eine Kröte verschluckt. (Heiterkeit.) Besonders schwere Bedenken haben wir gegen den langen Termin der Abbauperiode bis 1927. Bei der Ausführung dieser Verordnung ist auch mit unbegrenzter Willkür verfahren worden. Manche höhere Stellen scheinen zu versuchen, sich auf Kosten anderer Stellen zu retten. Wegen Ungerechtigkeiten und Parteilichkeiten verlangen wir schärfste Maßnahmen. In der Aufwertungsfrage gibt es keine Lösung, die allen gerecht wird, und wer in Deutschland über Steuern nicht schimpft, der ist nicht normal. (Heiterkeit.)

Über in dieser Frage gehen die Meinungen doch so auseinander, daß wir sie durch weitere Verhandlungen klären müssen.

Der eingeleitete Stabilisierungsprozeß darf nicht unterbrochen werden. Hier müssen die Opfer gebracht werden, die erst die Stabilisierung verbürgen. Im Brennpunkt der Notverordnung stehen die sozialpolitischen Fragen. Die maßlosen Angriffe, die der Minister wegen der Verordnungen draußen im Lande erfahren hat, sind durchaus unberechtigt. Die Verordnungen sind elastisch, auch diejenige betreffend die Arbeitszeit. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie der in der Novembernote von 1922 enthaltenen Erklärung über die Verlängerung der Arbeitszeit offiziell zugestimmt hat. Andererseits gehen auch die Angriffe der Unternehmer auf die Tarifverträge, auf die Schlichtungseinrichtungen, auf den „schematischen“ Achtstundentag, der ein „Unfug“ genannt wird, über alles vernünftige Maß hinaus. Wir müssen zu einem Preisabbau kommen, denn den verminderten Löhnen und Gehältern gegenüber sind die Preise für den Lebensunterhalt, für Kleidung usw. noch viel zu hoch. Der Steuerdruck ist besonders schwer auf der Landwirtschaft; dennoch soll man nicht schon heute mit der verschärften Forderung nach wirksamem Schutz kommen. Was die Sozialdemokraten wollen, würde das zerstören, was mit dem Ermächtigungsgesetz erstrebt wurde. Die unruhigen Geister, die bei uns vom antirömischen Affekt befeuert sind, warnen wir. Der Weg zur Freiheit geht nur über den Weg des Rechts.

Reichsfinanzminister Emminger: Die Lage unserer Finanzen gebot einen gewissen Abbau auf dem Gebiete der Rechtspflege. Der Verlängerung der Prozesse ist vorgebeugt worden, und außerdem ist die Revision eingeschränkt worden, wobei die Vorschläge des Reichsgerichts selbst zum Teil über unsere Anordnungen hinausgingen. Die Novelle zur Zivilprozessordnung bringt, wenn sie auch nicht alle Wünsche, mindestens eine Vereinfachung, Beschleunigung und Vereinfachung des Zivilprozesses durch Einführung eines abgekürzten Bogenverfahrens und eines schiedsgerichtlichen Verfahrens.

In der Strafprozessordnung

notigte der Zwang zu Ersparnissen zu weichen handeln. Will man bei den Behörden abhauen, so muß man zunächst ihre Arbeit vereinfachen und überflüssige Arbeiten ausschalten; dann erst kann man bei den Beamten abbauen. In dem Beamtenabbau allein kann nie das Hauptgewicht der Ersparnisse liegen. Bei unseren heutigen Finanzverhältnissen ist die Zuziehung von 30 oder mindestens 24 Geschworenen für ein Schwurgerichtsvorverfahren unvereinbar. Das Schwurgericht ist in ein großes Schöffengericht umgestaltet worden, wobei der Name des Schwurgerichts beibehalten ist. Diese Umwandlung ist kein neuer Gedanke, er geht auf eine Anregung aus den neunziger Jahren zurück, und er wurde schon in einem früheren Gesetzentwurf vorgezeichnet, ohne daß damals die Öffentlichkeit oder die Volksparteien sich darüber erregte und den Entwurf als eine Täuschung der öffentlichen Meinung hinstellte. Soviel ein Redner der sozialdemokratischen Partei erdachte damals diese Frage für eine rein juristische Frage. Der Entwurf blieb damals im Rechtsausschuß unerledigt, obwohl er damals schon unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die hiesigen Volksgerichte aufzuheben, für ein Gesetz angesehen wurde. Der Reichstag war einstimmig für die Umgestaltung des Schwurgerichts zum großen Schöffengericht, die Reichsregierung war also geradezu erzwungen, die großen Schöffengerichte einzuführen. Auch die Rechtswissenschaft hat sich dafür ausgesprochen. Ebenso bestand unter den Vertretern der Justizverwaltung der Länder im Reichsrat Übereinstimmung; außerdem habe ich die einzelnen Landesjustizverwaltungen noch befragt, und sie erklärten, auch nach der Lösung der Frage die Rechts einheit im Reiche zu wahren. Bei der Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in Landesverwaltungsachen wird die Rechts einheit des Staates gewahrt, weil die V-fürsorge in der Hand des Oberreichsanwalts zusammenfällt. Ich kann übrigens heute die Zahl der Landesverwaltungsachen für das ganze Jahr 1923 mitteilen. Die Gesamtzahl beläuft sich auf 1351, darunter 32 Verwaltungen, also eine verhältnismäßig geringe Prozentzahl. Hierbei handelt es sich nicht nur um Strafverfolgungen wegen Verstoßes über verborgene Waffentragung. Ich bin nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage, das Verfahren in einer Sache, die mir einstellungsreif erscheint, einzustellen, sondern nur der Oberreichsanwalt ist hierzu zuständig. Auch Dinge, die mir zur Kenntnis kommen, von mir aus zu verfolgen, steht mir nicht zu, denn der Reichsjustizminister sieht nicht über, sondern unter dem Gesetz. Im übrigen ist es niemandem benommen, sondern im Gegenteil, es ist das Recht und die Pflicht jedes Staatsbürgers, den Behörden Mitteilung von Taten zu machen, die einen Landesverrat bedeuten. Kommt die Mitteilung aber durch die Presse, so kommt die Angelegenheit in die breite Öffentlichkeit, ja sogar in das Ausland. Hier ist allerdings eine Grenze gezogen.

Diese Schranke hinwegzuräumen, ist in der heutigen bedrängten Lage des Reiches weniger möglich als je.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Eine Vermehrung der Berufungsmöglichkeiten würde eine Vertiefung der Strafrechtspflege bedeuten. Es müßte also in diesem Falle in anderer Weise Kosten eingespart werden, wenn man diese Wünsche des Parlaments durchführen wollte. Die Landesjustizverwaltungen haben mich mehr als einmal wissen lassen, daß mit den heutigen finanziellen Mitteln überhaupt keine geordnete Strafrechtspflege mehr möglich ist. Darauf muß auch die Öffentlichkeit und das Parlament Rücksicht nehmen. Am übrigen wird es Frage der richterlichen Erziehung und des Verantwortungsbewußtseins sein, daß der Einzelrichter jeweils auch das richtige Strafmaß trifft. Die Auswahl der Strafrichter wird also in Zukunft das wichtigste sein.

Bei den folgen schwereren Verordnungen über die Aufstellung von Goldbilanzen und über die Aufwertung handelt es sich um tief einschneidende wirtschaftliche Fragen. Die Goldbilanzverordnung ist ja von der Wirtschaft selbst verlangt worden, und es herrscht über ihre Notwendigkeit weitgehende Übereinstimmung. Dagegen ist die Frage der Aufwertung sehr bestritten. Der Minister verweist auf die Behandlung der Aufwertungsfrage in den Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkrieg und auf das Verhalten der russischen Sowjetregierung. In Deutschland

stand man fast noch im ganzen Jahre 1923 auf dem Standpunkt, daß eine Aufwertung undenkbar sei. Im Reichsrat wurde vom Rechtsausschuß und vom Plenum die Aufwertung ausdrücklich abgelehnt. Auch während der Steuerdebatten, als es sich darum handelte, die dem Grundbesitz auferlegten schweren Lasten zu reduzieren, wurde darauf hingewiesen, daß diese neuen Steuern nur dann einen Sinn haben könnten, wenn von jeder Hypothekenaufwertung abgesehen würde.

Die Entscheidung des Reichsgerichts

ist ergangen in dem vollen Bewußtsein, daß der hier aufgestellte Grundgedanke zu vielen Schwierigkeiten führen würde. Es war geradezu geboten, eine Verordnung zu erlassen, damit sich nicht eine Anzahl von Rechtsstreitigkeiten ergäbe. Unsere Wirtschaft braucht heute vor allen Dingen Kredit, die Möglichkeit der Kreditbeschaffung bedeutet jetzt Leben und Sterben für die deutsche Wirtschaft und für das deutsche Volk. Deshalb mußte aus rein wirtschaftlichen Gründen der Termin der Schuldentilgungshinweise hinausgeschoben werden. Die Anträge der sozialdemokratischen Partei, die bisher die Aufwertung immer bekämpft hat, sind menschlich verständlich, aber wirtschaftlich undurchführbar. Die Abschaffung der dritten Steuernotverordnung würde eine neue Inflation herbeiführen. Ich glaube nicht, daß das Reichsgericht den Anforderungen der Stunde sich entziehen wird. Ideal ist die Lösung nicht, aber die Erhaltung der Wirtschaft verlangt eine rasche Lösung.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.): Reparationen können nur von einem leistungsfähigen Deutschland verlangt werden, das über seine wirtschaftliche Quelle voll verfügt. Deshalb steht in vorderster Linie die Befreiung von Rhein und Ruhr. (Lebhafte Zustimmung.) Immer wieder müssen wir ein Memorandum zur Kräftigung unserer Wirtschaft verlangen. Zwei Voraussetzungen dafür liegen vor, erstens, daß wir die Währung stabil halten, und zweitens, daß wir unseren Etat balancieren. Die stabile Währung hat endlich wieder den alten Grundgedanke von Angebot und Nachfrage zur Ordnung verholfen. Ich wiederhole heute die Forderungen, die meine Partei wiederholt in ihren Anträgen zum Ausdruck gebracht hat, nämlich die auf Wucherbekämpfung, auf Behebung der Kreditnot und auf Steuererleichterung für den Mittelstand. Wir begrüßen es, daß die Regierung mit der dritten Steuernotverordnung endlich den Anfang gemacht hat mit einer reinlichen Scheidung zwischen Reich, Staat und Gemeinden bezüglich der Steuerquellen. Die Aufwertung an sich wird von allen Seiten geteilt, weil sie eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Personalabbauverordnung und die Herabsetzung der Beamteneinkünfte zusammen haben die Beamten beargwöhnlichend bestraft. Es ist eine beäugelte Maxime, den Staat von möglichst wenigen, aber gut bezahlten Beamten verwalten zu lassen. Wenn man den Beamten mehr Arbeit zumutet, muß man sie auch besser bezahlen. (Sehr richtig, rechts.)

Unsere Fraktion hat

Schwere Bedenken gegen die völlige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

(Zustimmung rechts.) Die Regierung soll sich wohl überlegen, ob sie es über sich gewinnen kann, den Ausnahmezustand auch in den gefährlichen Gebieten aufzuheben. Haben wir doch einmal gehört, wir würden noch etwas erleben, wenn die Reichswehr aus Thüringen zurückgezogen wird. Darum soll die Regierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes im ganzen Reiche nochmals überlegen. (Hört! hört! b. d. Komm.) Das große Ziel der Regierung mit ihren Verordnungen darf nicht gefährdet werden. Deshalb hat meine Fraktion keinen Antrag auf Aufhebung einer Verordnung gestellt. Aber auf Kritik können wir nicht verzichten und haben deshalb auch Abänderungsanträge gestellt.

Abg. Dr. Hergt (Dnat.): Die Wahlen in Sachsen, Thüringen, Pommern, Mecklenburg zeigen, daß dieser Reichstag nicht mehr der Volksstimmung entspricht. Sie wissen ganz genau, wie die allgemeine Stimmung der Bevölkerung ist. Für Reichswahlen ist der 6. April der letzte Termin, der in Frage kommt. Nach unserer Meinung muß auch die Wahl des Reichspräsidenten in Verbindung mit den Reichstagswahlen vorgenommen werden. Wenn der große Umbruch im deutschen Volk eintritt, der jetzt unweigerlich ist, dann darf der Präsident von diesen Ereignissen nicht unberührt bleiben. So wenig ich sonst gegen den Reichspräsidenten einzuwenden habe, so muß ich doch sagen, er muß jetzt nun einmal in dem Parteikampf der Vergangenheit unser deutscher Reichspräsident muß vor politischen Angriffen bewahrt werden. Bezüglich des Ausnahmezustandes kann ich das unterschreiben, was Herr Scholz sagte. In Sachsen und in Thüringen hat das Volk gesprochen, der Terror, der dort überall vor dem Eingreifen der Reichswehr an der Tagesordnung war, ist verschwunden. (Große Unruhe b. d. Komm.) Dieser Terror soll nicht wiederkommen. In Thüringen will man nichts davon wissen, daß am 1. März der Ausnahmezustand aufgehoben wird. Die Herren von der Kommunistischen Partei sind ja zum letzten Kampf gerückt und haben bisher immer bloß aus taktischen Gründen zurückgehalten (Lärm und Hurle b. d. Komm.) In Thüringen und Mecklenburg, wo wir Wahlen gehabt haben, waren es die ruhigsten und ordnungsmäßigsten Wahlen unter dem militärischen Ausnahmezustand. Unter dem Ausnahmezustand werden sich auch die Reichstagswahlen ruhig vollziehen können. Dagegen wünschen wir die Beibehaltung des anderen Ausnahmezustandes, der in dem Gesetz über den Schutz der Republik liegt. Bei der Justizreform müßte in erster Linie der Staatsgerichtshof beseitigt werden.

Die Verfassungsfrage

ist eine deutsche Frage, wir denken an die Vorläufe der alten imperialen Verfassung. Wir haben fünf Jahre lang die größte Zurückhaltung geübt und die große Verfassungsfrage zurückgestellt, jetzt ist aber der Streit darum unaufhaltsam in das Volk gekommen. Die Frage der Zuständigkeit der Länder und des Reichsrats usw. zu lösen, das ist reichserhaltende Politik gegenüber einer reichsverstörenden Politik. Unzulässige Fragen der Reichsverfassung sind unterwegs und müssen bald gelöst werden. Der neue Reichstag und die Reichsregierung müssen sich alsbald mit diesen Fragen beschäftigen. Wir verlangen Abänderung und Kritik an den Steuernotverordnungen durch den Reichstag. Man sollte die ganze Regelung lieber dem neuen Reichstag überlassen. (Heiterkeit und Zustimmung b. d. Dnat.)

Kunmehr tritt Verlesung ein.

Persönlich bemerkt Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) gegenüber dem Abg. Hergt, er wolle diesem den Beweis erbringen, daß

Hergt im November 1918 ausgerissen

sei. Abg. Hoffmann verliest ein Schriftstück, das amtlich beglaubigt ist, wonach, als am 12. November 1918 die neuen Revolutionsminister im Preussischen Staatsministerium erschienen, der damalige Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. Friedberg, ihnen u. a. mitgeteilt hat, daß Herr Hergt neben anderen Ministern am 8. November sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Damit ist, so sagte Adolf Hoffmann, festgestellt, daß Sie (zum Abg. Hergt) vor der Nacht vom 9. zum 10. November, als Ihr Kaiser Deutschland verließ, als Ratte das Schiff verlassen haben.

Abg. Hergt (Dnat.): In meinem ganzen Leben habe ich so etwas von Unverschämtheit und Dummheit noch nicht erlebt. (Großer Lärm links.) Es ist richtig, daß ich am 8. November mein Abschiedsgesuch eingereicht habe, aber warum? Weil uns vom Reich her mitgeteilt worden war, daß die Sozialdemokratie, geführt von Ebert und Scheidemann, die Abdankung des Kaisers verlangte und weil ich diese Schweinewirtschaft nicht mitmachen wollte. (Lebh. Beifall rechts, Händeklatschen auf den Tribünen.)

Präsident Ebert droht mit der Räumung der Tribünen, wenn sich die Zuhörer nochmals an Beifallsfundgebungen beteiligen.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Es handelt sich nur um eine Ausrede. Sie (zum Abg. Hergt) hatten die Pflicht, Ihren König zu unterstützen und dazubleiben. Es ist doch sehr die Frage, wer in diesem Falle unverschämter oder dummer war. Sie oder ich.

Abg. Hergt (Dnat.): Ich habe im Preussischen Staatsministerium aufs heftigste gegen die im Reiche in Aussicht genommenen Maßnahmen protestiert.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) — Schluß: 6 1/2 Uhr.

Held Hergt auf der Flucht.

Eine peinliche Erinnerung.

Der Abgeordnete Genosse Adolf Hoffmann verlor im Laufe der gestrigen Reichstagsdebatte das nachstehende für Herrn Hergt äußerst peinliche Schriftstück:

Beglaubigte Abschrift.

Berlin, 12. November 1918.

Heute um 11 Uhr vormittags erschienen im Staatsministerium Preußen bei dem bisherigen Vizepräsidenten Dr. Friedberg die Herren Paul Hirsch, Heinrich Ströbel, Adolf Hoffmann, Otto Braun und Eugen Ernst. Sie erklärten im Auftrage des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates, daß sie bevollmächtigt seien, die Staatsleitung in Preußen zu übernehmen. Der Vizepräsident Dr. Friedberg erkannte an, daß die faktische Gewalt sich in den Händen des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates befinde und daß er sich dem Geheiß fügen müsse. Er hält keine Amtstätigkeit damit für beendet und zieht sich aus dem Staatsdienst zurück. Er hat damit die Dienstgeschäfte seines Ministeriums an die ihm dafür bezeichneten Herren Hirsch und Ströbel übergeben. Er teilte den anwesenden Herren, die die neue Regierung in Preußen bilden, mit, daß von den bisherigen aktiven Staatsministern der Minister v. Scheidemann schon vor Wochen sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Sein Gesuch ist aber bisher unerledigt geblieben. Von den anderen Mitgliedern haben die Herren Hergt, Drems, v. Eichenhardt-Rothe am 8. resp. am 9. November ihr Abschiedsgesuch eingereicht. Auch diese Gesuche konnten nicht mehr zur Erledigung gelangen. Dasselbe gilt von den Abschiedsgesuchen der Minister ohne Portefeuille, Graf v. Roeder und v. Waldow. Es verblieben daher bis heute im Staatsministerium ohne ihr Abschiedsgesuch eingereicht zu haben außer dem Vizepräsidenten die Minister Schmidt, Spahn, Fischbeck und Schuch. Alle Minister, die jetzt zur Verabschiedung gelangen, haben Anspruch auf Pension nach der zurzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmung. Abschrift dieses Protokolls soll allen Staatsministern zugehen.

Vorgelesen, unterschrieben.

gez. Dr. Friedberg, Hirsch, Ströbel, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Otto Braun.

Als Protokollführer Riedel, Bureaudirektor.

Die richtige Abschrift bescheinigt:

Schmih, Geheimer Kanzleirat.

Abgeordneter Hoffmann fügte dem hinzu: „Ich glaube, dadurch ist festgestellt, daß erst in der Nacht vom 9. zum 10. November der Kaiser Deutschland auf der Flucht verlassen hat, daß Herr Hergt bereits am 8. als Ratte das Schiff verlassen hatte.“

Daß Herr Hergt durch diese Erinnerung an seine Rosenbergsche nicht gerade angenehm berührt war, läßt sich denken. Er verteidigte sich aufs Schimpfen und bestärkte damit, daß er im Unrecht sei. Denn als getreuer Knappe mußte er — so verlangt es doch wohl die monarchische Idee? — auf seinem Posten ausharren, ganz gleich, welche Folgen das haben konnte. Aber im November 1918 vertrocknete sie sich alle ins Maulloch. Jetzt machen sie sich dafür wieder mauflig.

Die Immunität der Abgeordneten. Um etwaigen Mißgriffen vorzubeugen, weist der Minister des Innern die Behörden in einer Verfügung darauf hin, daß bei Abgeordneten mit Rücksicht auf Artikel 37 der Reichsverfassung eine polizeiliche Festnahme, auch wenn sie „bei Ausübung der Tat“ oder „spätestens am Tage des folgenden Tages“ erfolgt, nur dann zulässig ist, wenn die Täterschaft des Abgeordneten völlig außer Zweifel steht. Das Vorliegen dringenden Verdachtes (§ 127 Abs. 2 in Verbindung mit § 112 der Strafprozessordnung) genügt nicht.

Werbt für den „Vorwärts“!

Die günstige Entwicklung der letzten Wochen hat dem „Vorwärts“ eine große Anzahl neuer Abonnenten gewonnen. Dieser erfreuliche Zuwachs hat es in Verbindung mit der Besserung der gesamten Geschäftslage ermöglicht, den

Bezugspreis auf 70 Pf.

für die Woche oder 3 M. für den Monat herabzusetzen. Das bedeutet eine Ermäßigung um rund 80 Pf. für den Monat. Mit der neuen Preissetzung glauben wir den Bedürfnissen gerade derjenigen unserer Freunde entgegenzukommen, denen bisher infolge der allgemeinen Notlage die Aufbringung des Abonnementpreises nicht möglich schien.

Wir erwarten von allen Genossen, daß sie die Monatswende benutzen, um angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes neue Scharen von Lesern und damit Kämpfer werben für die Sache des Sozialismus! Auf zur Werbearbeit für den „Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzuliefern. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Beschlüsse des Deutschen Verkehrsbundes.

Der Deutsche Verkehrsbund hielt am 24. und 25. Februar eine Konferenz der Gau- und Ortsvorstände ab. an der 123 Delegierte teilnahmen. Der Bundesvorsitzende, Genosse D. Schumann, behandelte in einem Referat die allgemeine Lage. Er schilderte, wie die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Gewerkschaften wirkt. In den letzten Wochen ist eine so offensichtliche Besserung eingetreten, daß man sagen darf, die Gewerkschaften haben die schwerste Zeit überwunden.

Genosse Döring kennzeichnete dann eingehend die Umtriebe der Kommunisten. Nach eingehender Diskussion wurde eine Entschließung angenommen, in der die Entschließung vom 21. März 1921 erneuert wird. Diese Entschließung droht den Verbandsmitgliedern den Ausschluss aus der Organisation an, die den Anweisungen der KPD, oder der „Roten“ Gewerkschaftsinternationale gegen die Gewerkschaften folgen, sich an den kommunistischen Zellen beteiligen, Flugblätter usw. gegen die Gewerkschaften versenden, unterzeichnen oder verbreiten, an kommunistischen Konferenzen usw., die sich gegen die Gewerkschaften richten, teilnehmen oder durch Wort und Schrift die gewerkschaftliche Disziplin untergraben. Handelt es in all diesen Fällen sich um besoldete Funktionäre, so werden sie außerdem sofort ohne Gehaltszahlung entlassen.

Da es in letzter Zeit vorgekommen ist, daß in einzelnen Orten Mitglieder, die „von monatlich“ der Gewerkschaft angehören und von denen man nicht weiß, wer ihre Beiträge bezahlt, auf wichtige Funktionärsposten gewählt wurden, beschloß die Konferenz, daß Hauptfunktionäre, wie z. B. Bevollmächtigte, Kassierer, Sektionsleiter usw. drei Jahre, alle anderen Funktionäre mindestens ein Jahr Mitglied der Organisation sein müssen. Ueber Ausnahmen entscheidet der Bundesvorstand.

Ueber Beitrags- und Unterstützungsfragen berichtete Genosse Wagener. Er schlug die Bildung eines Kampf- und Pressefonds vor, in dem jedes Mitglied der ersten drei Beitragsklassen vierteljährlich mindestens einen Extrabeitrag von 50 Pf zu leisten hat. Die in den übrigen Beitragsklassen steuernden Mitglieder haben im gleichen Zeitraum mindestens eine Extramarke im Wert von 1 M zu liefern. Die Konferenz erwartet, daß die Kollegen, soweit sie nur irgend dazu in der Lage sind, auch freiwillig weitere Beiträge zur Stärkung der Organisation im Kampf gegen den Kapitalismus zu leisten. Nur dann können die von der Konferenz beschlossenen Unterstützungen für streikende und erwerbslose Mitglieder zur Auszahlung gelangen.

Genosse Berner berichtete über die Arbeitsgemeinschaften. Die Konferenz stimmte ohne Diskussion dem Beschluß des Bundesvorstandes zu, das Verhältnis zur Zentralarbeitsgemeinschaft für das deutsche Transport- und Verkehrsnetz zu lösen. Zum Punkt Presse schilderte Genosse Lindow kurz die Wirkung der Inflation, der furchtbaren Waffe, die je eine Klasse gegen die andere führt, auf das Pressewesen der Organisation. Wenn der Extrabeitrag die erwartete Einnahme bringe, werde der Bundesvorstand nicht nur zum 1. April die „Schiffahrt“ herausbringen, sondern auch, sobald wie nur irgend möglich, die übrigen Sonderorgane. Die Konferenz erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Mit einem kurzen anfeuernden Schlusswort schloß Genosse Schumann die Konferenz, die der Zukunft zum neuen Aufstieg der Organisation werden wird.

Generalversammlung des Bauarbeiterbundes.

In der Generalversammlung der Berliner Mitgliedschaft des Deutschen Bauarbeiterbundes am Dienstag erstattete der Vorsitzende Thöns den Jahresbericht. Er führte unter anderem aus: Das Jahr 1923 war für alle Gewerkschaften, auch für den Bauarbeiterbund ein sehr schweres. Das hat seine Ursache in dem allgemeinen Rückgang der Wirtschaftslage und der Geldentwertung. Die Arbeitslosigkeit hat einen erschreckenden Umfang angenommen und diese traurige Lage benutzen die Gewerkschaftsverführer, um die Zersplitterung der Organisation zu betreiben. Dagegen hat sich der Bauarbeiterbund mit aller Entschiedenheit zu wehren. In unserer Organisation ist Platz für jeden Kollegen, welcher politischen Anschauung er sein mag, aber wir lehnen es ab, unsere Organisation in den Dienst der kommunistischen Politik zu stellen.

Die Bautätigkeit in Berlin hatte im Juni einen geringen, aber nur vorübergehenden Aufschwung erfahren, bis zum Jahreschluss war sie fast zum völligen Erliegen gekommen. Die Wohnungsnot wird immer drückender. Aber es ist der Organisationsleitung trotz fortgesetzter Bemühungen nicht gelungen, die Behörden zur Bereitstellung von Mitteln zur Behebung der Bautätigkeit zu bewegen. Wir werden aber weiter auf diesem Gebiet tätig sein. Alle Gruppen des Bauarbeiterbundes zusammen wirken am Schluss des Jahres 1923 eine Arbeitslosen ziffer von 53,9 Proz. auf. Ob und wieviel in diesem Jahre eine Besserung eintritt, läßt sich noch nicht übersehen.

Ueber die Errichtung eines paritätischen Facharbeitsnachweises wurde mit den Unternehmern verhandelt. Die Verhandlungen scheiterten daran, daß die Unternehmer verlangen, der Arbeitsnachweis solle sich nicht auf die Affordarbeiter erstrecken. Das konnten die Arbeitervertreter nicht zugeben. Wir hoffen, daß vielleicht durch Eingreifen von städtischer Seite der

Arbeitsnachweis für alle Bauarbeiter (schließlich doch noch zustande kommen wird.

Eine Ende Juli durch die Organisation vorgenommene Bautenkontrolle ergab, daß von 26807 erfaßten Kollegen 20951 dem Bauarbeiterbund angehörten, während der Rest anders oder gar nicht organisiert war. In 318 Fällen griff die Organisation bei Differenzen auf Bauten ein. Im Juli kam es nach den gescheiterten Lohnverhandlungen zu einem das ganze Bauwerk umfassende Streik, an dem rund 20000 Arbeiter beteiligt waren. Er hatte nach einigen Tagen den Erfolg, daß ein neuer Lohnabschluß unter Berücksichtigung der Arbeiterforderungen zustande kam. — Durch Streiks in anderen Berufen wurden 1355 Mitglieder in Mitteldiensthaft gezogen. — Der Stundenlohn der Maurer belief sich Ende 1923 auf 70 Pf. In den anderen Gruppen liegen die Löhne bis zu 10 Proz. teils über, teils unter dem Maurerlohn. Die Mitgliederzahl ist, wie in allen Gewerkschaften, so auch im Bauarbeiterbund etwas zurückgegangen, weniger bei den gelerntem, mehr bei den ungelerten Arbeitern, besonders im Tiefbau. — Um die Durchführung des Bauarbeiterbundes zu sichern, wurde wiederholt versucht, die Behörden zur Anstellung von Baukontrolloren aus Arbeiterkreisen zu bewegen. Es ist jetzt beabsichtigt, zwei derartige Kontrolloren anzustellen.

Wie schon im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, haben die Unternehmer das Arbeitszeitabkommen gekündigt, so daß der Reichsarbeitsvertrag am 31. März abläuft. Die Arbeiter lehnen die Verlängerung der Arbeitszeit sowie die anderen von den Unternehmern geforderten Verschärfungen der Arbeitsbedingungen ab, sie halten fest an der 45-Stunden-Woche. Es muß damit gerechnet werden, daß ein neuer Tarif bis zum 31. März nicht zustande kommt und dann eine tariflose Zeit eintritt. Damit würden auch die Bezirksarbeitsgemeinschaften zu Ende gehen. Es ist anzunehmen, daß mit dem Beginn der Bauzeit der Sturm der Unternehmer auf die Errungenschaften der Gewerkschaft einsetzt wird. Wir haben uns also auf Kampf einzustellen. Nur straffe Zensur und Disziplin der Mitglieder kann den Vorstoß der Unternehmer abwehren.

Wartenberg gab den Kassenbericht und legte zum Schluss, von kommunistischer Seite werde die Lüge verbreitet, der Bauarbeiterbund sei auf die Unterstützung der holländischen Gulden angewiesen. Richtig ist, daß wir unsere Mittel immer noch aus eigener Kraft aufbringen. Aber die russischen Rubel sollen ja auch nach der Müllerstraße rollen.

In der Diskussion wurden keine wesentlichen Zusätzungen an der Tätigkeit der Organisationsleitung gemacht.

Arbeitszeit der Telegraphenarbeiter und Handwerker.

Eine im Gewerkschaftshaus in Berlin tagende Reichskonferenz der Telegraphenarbeiter und Handwerker des Deutschen Verkehrsbundes, besetzt mit Delegierten aus allen Oberpostdirektionen, hat am 26. Februar 1924 zur Neugestaltung der Arbeitszeit und des Tarifvertrages Stellung genommen. Nach dem Referat des Reichsabteilungsleiters, Reichstagsabgeordneter Kollegen Bender, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 26. Februar in Berlin im Gewerkschaftshaus tagende, aus allen Oberpostdirektionsbezirken besetzte Telegraphenarbeiter- und Handwerkerkonferenz erhebt schärfsten Protest gegen das Vorhaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die Arbeitszeit der Telegraphenarbeiter und Handwerker von 8 auf 9 Stunden zu erhöhen. Sie erwartet von der Reichsabteilungsleitung, daß sie bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen mit allem Nachdruck sich dafür einsetzt, daß der Wochtarbeitsvertrag grundsätzlich im Tarifvertrag anerkannt wird. Die Konferenz wird das Ergebnis der Tarifverhandlungen abwarten, um erneut Stellung zu der Lage zu nehmen, und empfiehlt deshalb den Kollegen, die Verfügung des Reichspostministers über die Arbeitszeit nur zur Kenntnis zu nehmen.“

Die Kommunisten bei den Buchdruckern.

Aus Buchdruckerkreisen wird uns geschrieben: Nach ihrer letzten Niederlage versuchten die Kommunisten bei der Urwahl des Kassierers und der Schriftführer noch einigen Einfluss im Berliner Gauvorstand der Buchdrucker zu gewinnen. Zur Erreichung dieses Zieles ist ihnen jedes Mittel recht. Durch Handzettel verbreiten sie die Lügenmär, daß in der letzten Generalversammlung bei der Wahl der beiden Gauvorstehenden nicht richtig ausgezählt worden sei. Tatsache ist, daß für diese Posten bei den kommunistischen Kandidaten die nötige Unterstützung von 50 Stimmen fehlte, während bei den anderen Abstimmungen diese Stimmzahl gerade erreicht wurde. Vielleicht haben sogar einige radikale Delegierte zu dem einen oder anderen kommunistischen Kandidaten nicht das rechte Vertrauen gehabt oder man hatte Angst vor der eigenen Courage. Sicher aber hat die kommunistische Regie in der Generalversammlung nicht geklappt. Wenn sich unter den jetzt zur Urwahl stehenden kommunistischen Kandidaten sogar einer befindet, für den es nach seinen eigenen Worten „ein zweifelhaftes Vergnügen“ ist, dem Buchdruckerverband als Mitglied anzugehören, so dürfte den Kollegen in den Betrieben die Entscheidung bei der Wahl nicht schwer fallen. Sie werden Leute, die kein Interesse an einer gesunden Fort-

entwicklung der Organisation haben, sondern nur auf die Zerstörung der gewerkschaftlichen Einheit bedacht sind, niemals ihre Stimme geben können.

Lohnstarif für Herrenmaschneider.

Durch Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband sind die Löhne wie folgt festgelegt: Affordstundenlohn für selbständige Stück- und Aenderungsneider: Klasse 1 und 2: 60 Pf.; Klasse 3: 58 Pf.; Klasse 4: 56 Pf. Affordstundenlohn für Reparaturneider: Klasse 1 und 2: 55 Pf.; Klasse 3: 53 Pf.; Klasse 4: 51 Pf. Zeitlohn in allen Klassen für Aenderungs- und Reparaturarbeiter: 62 Pf. Zeitlohn für Reparaturneider in allen Klassen 58 Pf. Qualitätsarbeiterzuschlag 5 Proz. für Zeitlohnarbeiter, sowie der Heimarbeiterschlag (10 Proz.) bleibt wie bisher. Alle übrigen Bestimmungen des alten Tarifes, auch die prozentuale Entlohnung der männlichen und weiblichen Hilfskräfte, bleiben bestehen. Die Löhne sind erstmalig in der Lohnwoche zu zahlen, in die Montag, 25. Februar, fällt.

Das Lohnabkommen kann mit achtägiger Frist gekündigt werden.

Eine gutbesuchte Versammlung im Bekleidungsarbeiterverband organisierter Herrenmaschneider nahm nach einem Bericht des Branchenleiters Faustmann die Lohnvereinbarung an.

Der Skandal der Schiedsprüche.

Der Schlichter für Rheinland-Westfalen füllte am Dienstag einen Schiedspruch für die Kölner Metallindustrie, der die wöchentliche Arbeitszeit auf 54 Stunden festsetzt, die jedoch im Bedarfsfall nach Anhörung der Betriebsvertretung auf 57 Stunden verlängert werden kann.

Ausperrung in den Geldschrankschlossereien. Infolge Lohnabschluß haben die Transportarbeiter der Geldschrankschlossereien die Arbeit niedergelegt. Darauf ist vom Arbeitgeberverband die Aus-sperrung angeordnet worden.

Wohnung „Woo“, Lichtberg. Freitag nachm. 4 1/2 Uhr bei Otto, Bergstraße, wichtige Zusammenkunft aller BVPD-Genossen. Sympathisierende Kollegen waren eingeladen. Vortragensplan legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Betriebsräteschule!

Morgen, Freitag, abends 6 Uhr, wird im Gorkien-Draum, Weinmehrerstr. 19/17, nach ein Auktus über „Die deutsche Arbeiterbewegung im Lichte der Kultur- und Wirtschaftsentwicklung“ beginnen. Zu dem sich nach Genossen und Genossinnen am Abend 6 Uhr ammelten können. Es bietet sich hier für die über vertriebenen ausgefallener Auktus Gelegenheit, nach einem vollständigen Kursus mitzugehen.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Zentralverband der Maschinen- und Metallarbeiter, Montag, Freitag, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Anhalterstr. 24/25, Saal IV, außerordentliche Generalversammlung. Kassenbericht und Tarifverträge. Diskussion. Wir bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Die Organisationsleitung.

Zentralverband der Maschinen- und Metallarbeiter, Samstag, abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Anhalterstr. 24/25, Saal IV, außerordentliche Versammlung aller in den Elektrizitätswerken beschäftigten, bei uns organisierten Maschinen-, Metall- und Berufskollegen. Wir bitten um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Die Ortsorganisationsleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. U.; Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Fundation: R. S. Pöcher; Verkehr: Paul Schöner; Fritz Röhrl; Anzeigen: Th. Bieder; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Belmont“.

BORG ZIGARETTEN
FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Die Festwochen des Humors

Humor beginnen! Nur zwei Tage trennen uns noch von dem großen Ereignis, wo Paul Weders und Wally Prager um die Weiserthof im Grobian lächeln werden. Denn schon am 1. März ist Premiere bei Stella. Bedenke, der Illustrierten-Beitrag, läßt keine Lerneingeblichkeit mitunter seiner eigenen Wille in Europa in sich, um an der Grenze kurze Zeit eine Anzeigenbeilage seines national-proletarischen zu gründen. Wally Prager aber verläßt auf ihm (an r seinen Schriftstil, wo er betriebe Berlin, laßt alle Posten schmiede und widmet sich ganz der Unterhaltungsarbeit, die im kommenden Monat (die Friedrich- und die ganz der Grenze die Stunde regiert. Beide haben sich vorgenommen, einen jeden Wally zu Prager, der zu leben mag, Berlin, das alle, voran, habe das Buch orientiert. Im großen Saal und im Margareten-Saal heißt darum vom 1. März ab pünktlich die Parole: Rieber mit dem Trübsinn! So liebe der Humor! Ausgegeben unter dem gleichen Datum von der heiteren Weiserthof Paul Weders - Wally Prager.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Einsegnungs-Anzüge
von Um. 20,- bis 45,-
Prüfungs-Anzüge
von Um. 17,- an

A. Wertheim Lebensmittel

Donnerstag und Freitag, soweit Vorrat

Fische	Wurstwaren	Frisches Fleisch	Käse	Obst u. Gemüse
Kabeljau, ohne Kopf, ganz 22 Pf.	Zwiebelleberw. Pfd. 56 Pf.	Schweine-Schinken Pfd. 90 Pf.	Romatour in Staniol 45 Pf.	Apfelsinen ... Dutzend 60 Pf.
Rotbarse, ohne Kopf Pfund 20 Pf.	Rotwurst ... Pfund 64 Pf.	Schweinebauch m. Big. 90 Pf.	Quadratkäse ... Pfund 45 Pf.	Zitronen ... Dutzend 45 Pf.
Grüne Heringe, groß 5 Pfd. 55 Pf.	Landleberwurst Pfd. 96 Pf.	Schweineblatt m. Big. Pfund 90 Pf.	Tilsiterkäse ... Pfund 68 Pf.	Ital. Tafeläpfel ... Pfund 35 Pf.
Räucherwaren	Jagdwurst ... Pfund 128	Schweinerücken 90 Pf.	Brickkäse ... Pfund 80 Pf.	Amerik. Tafeläpfel Pfd. 50 Pf.
Räucherheringe, große Stück 16 Pf.	Pomm. Teewurst Pfund 100	Kalbskamm ... Pfund 70 Pf.	Edamerkäse ... Pfund 1 11	Bananen ... 3 Stück 1 M
Seelachs geräuchert Pfund 60 Pf.	Konserven	Kalbsbrust ... Pfund 70 Pf.	Schweizerkäse ... Pfund 180	Ananas ... Pfund 275
Sprossen echte ... Pfund 88 Pf.	Karotten gesch. 1/2 Dose 58 Pf.	Kalbsnierenbrat. 75 Pf.	Wein	Smyrna Feigen Pfund 50 Pf.
Wild, Geflügel	Wachsbohnen 1/2 Dose 115	Kalbskeule, ganz u. geteilt Pfund 85 Pf.	Milchliche Preise sind für 1/2 Flasche einschließlich Steuer ohne Flasche	Blumenkohl Kopf 25-35 Pf.
Wildragout ... Pfund 65 Pf.	Stangen-, Schnitt- u. Brechbohnen 1/2 Dose 130	Gehackt. Fleisch Pfd. 70 Pf.	1922 Neckarsulmer 150	Zwiebeln ... 2 Pfund 25 Pf.
Hirschblätter ... Pfund 1 M	Junge Erbsen 1/2 Dose 115	Prima fettes Ochsenfleisch	1922 St. Anton Montagne	Kolonialwaren
Rehblätter ... Pfund 130	Stangenspargel extra stark 320	Kamm u. Brust Pfd. 55 Pf.	naturreiner spanischer Rotwein 210	Schnittnudeln Pfund 22 Pf.
Kaninchen, ohne Kopf, gefroren Pfd. 48 Pf.	Brechspargel extra stark 200		1920 Delimonia naturreiner span. Rotw. 240	Auszugmehl amerikan. Pfund 18 Pf.
Brathühner ... Pfund 150	Ölsardinen Clubdose ... 48 Pf.		Rot. Tarragona Südw. 240	Getrockn. Karotten Pfd. 1 M
Suppenhühner ... Pfund 100			Lagrimas Christi Südw. 320	Kaliforn. Birnen Pfund 145
			Alter Sherry Cadix 320	Kalif. Backobst gemischt Pfd. 110

Corned Beef Dose 325 engl. Pfund 66 Pf. Bordens Milch amerikanische Dose 55 Pf. Rindfleisch ohne Knochen 1/2 Dose 1 M. Pflaumen-Konfitüre 50 Pf. Tafel-Margarine 1 Pfd. Paket 50 Pf.

Niedergang der Gewerbe.

Eine Umfrage bei den Buchbindern, Buchdruckern und Lithographen.

Nur wenige Berufe sind es heute, die von einer günstigen Konjunktur auf ihrem Arbeitsgebiete sprechen können. Brauch liegen dagegen viele und hoffen auf bessere Zeiten. Jedes Gewerbe hofft . . . Die Not in den einzelnen Familien ist infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage riesengroß. Der Mann, der vor vielen Jahren ein biederes Handwerk gelernt hat — denn Handwerk hat goldenen Boden, sagt man sehr oft —, kann in seinem Beruf oft keine Beschäftigung finden. Was tun? Die Berufsumstellung bleibt als der einzige Ausweg übrig. Aber auch hiermit ist es traurig bestellt. Viele werden vorübergehend Hausdiener, Packer, während andere notgedrungen Kaufbotenstellen annehmen. Und so ist trotz aller Umstellung die Aussicht auf Arbeit eine äußerst geringe. Wir wollen in einer Reihe von Aufsätzen feststellen, in welchem Maße von einem Niedergang der einzelnen Gewerbe geredet werden kann. Drei Berufe sind vorerst befragt worden:

Die papierverarbeitende Industrie.

Zur papierverarbeitenden Industrie gehören alle diejenigen, die in den Buchbindereien, Kontobuchfabriken, in den Linienanstalten, sowie in der Alben-, Kartonnagen-, Zugsapier- und Leder-galanteriewarenindustrie beschäftigt sind. Zu normalen Zeiten hatte die Industrie etwa 25 000 Beschäftigte. Augenblicklich stehen ca. 12 000 Mann in Arbeit, während 6-7000 Personen ohne Beschäftigung sind. Der übrige Teil ist in andere Berufe abgewandert und sucht dort recht und schlecht sein Brot zu verdienen. Man geht in die Buchdruckerei als graphischer Hilfsarbeiter oder tritt in das Verhältnis eines Fabrikarbeiters ein. Die Zahl derer, die sich haben umstellen müssen, ist, wie aus dem obengenannten Material hervorgeht, erschreckend nur gering. Augenblicklich werden an's Spinnenstundenlohn für gelehrte Buchbinder etwa 52 Pf. gezahlt. In der Kartonnagenbranche sind die Verhältnisse ungefähr die gleichen. Gleichzeitig sei aber festgestellt, daß die Löhne immer noch 25-30 Proz. hinter den Friedensstand zurückbleiben. In fast allen Berufen bildet heute die Lehrlingsfrage das traurigste Kapitel. Während der Kriegszeit konnten viele Lehrlinge ihre vorgeschriebene Lehrzeit nicht beenden. Vater im Kriege, Mutter oft auf dem Krankenlager und der 15- oder 16jährige Junge, der alleine Verdienner in der Familie. Da konnte man sich den Luxus des Lernens nicht mehr erlauben. Schnell wurde das Lehrverhältnis aufgelöst und die „Munitionshunde“ zum neuen Arbeitsfeld erkoren. Da wurde dann „schweres Geld“ verdient, und man dachte nicht darauf, daß ein unerhörtes Raubbau am ausmergelten Körper des jugendlichen verübt wurde. Der Krieg bestimmte es kalt und nüchtern! In der papierverarbeitenden Industrie finden wir zurzeit etwa 110 Lehrlinge; in der Kartonnagenbranche ist die Zahl außerordentlich gering. Hier stellt man einfach die Leute als „uneubt“ ein und überläßt es ihrer Geschicklichkeit, ob sie sich einarbeiten können oder nicht. Kann in der papierverarbeitenden Industrie von einem Niedergang des Gewerbes geredet werden? Wir erfahren dazu folgendes: Nach Beendigung des Krieges lag das Gewerbe, insbesondere die Buchbinderei, fast darnieder. Überall wurde sogenannte „Massenarbeit“ geleistet. Die Periode des Ritzenes felerie wahre Raste. Wer sich während des Krieges oder nach dessen Beendigung Bücher kaufte, weiß ein Lied davon zu singen, was er für schweres Geld geliefert bekam. Gleichmäßige Einbände, schlechtes Papier und schlechter Druck waren die auszeichnenden Merkmale dieser Produkte. Ende des Jahres 1922 traten die Buchhändler mit ihrem Bestreben, gute und solide Dinge herauszubringen, stärker hervor. Der Kunstgeschmack wurde wieder vorhersehend. Gute Bücher erschienen auf dem Markt und Kunstleinbände, die das Auge erfreuten, tauchten allmählich wieder auf. Die Kunstbuchbinder bekamen eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit. Dann kam wieder eine Zeit, wo die Kaufkraft des Publikums erlosch, doch blieb die Tendenz, nur noch gute Bücher herzustellen, weiter bestehen. Infolge der eingetretenen Stabilisierung unserer Währung kann seit einigen Wochen wieder ein Aufleben innerhalb dieses Gewerbes verzeichnet werden. Auch die Kartonnagenbranche, die während der Wirtschaftskrise lahm darniederlag, erholt sich wieder. Nur die Zugsapierbranche will nicht recht mit, da sie zu sehr auf den Export eingestellt ist. Hierbei soll etwas anderes noch angeführt werden. Einzelne Verlagshäuser haben sich entschlossen, Filialen im Auslande einzurichten, und zwar dort, wo sie über ein großes

Arbeitsgebiet verfügen. Die Bücher werden dort hergestellt, man spart die hohen Transportkosten und braucht weiter den hohen Zoll nicht zu entrichten. Der Zweck ist, größere Gewinne, die natürlich auf Kosten des deutschen Buchbinders erfolgen, zu erzielen. Vor dem Kriege existierten derartige Geschäftsmanieren nicht. Vielmehr bezog man die Bücher aus dem Auslande. Italienische Firmen sind bemüht, deutsche Facharbeiter nach Italien zu bekommen. Die deutsche Arbeitskraft wird dort besonders auf dem Gebiete der Buchbinderei hoch eingeschätzt. Allein nur wenige sind bisher dem Rufe aus dem fernen Süden gefolgt.

Bei den Buchdruckern

finden wir zurzeit 14 500 Gelehrten, wovon 13 500 organisierten angehören. Nach der letzten Feststellung im Monat Februar sind etwa 4800 Personen beschäftigungslos. Infolge von Streiks usw. ist es auch hier zu Berufsumstellungen gekommen. Alle möglichen Gewerbe wurden zum Zwecke der Beschäftigung aufgesucht. Der Spitzenlohn beträgt seit Mitte November des Vorjahres 27 Mark und gilt noch bis 1. März 1924. Auch hier bleibt der Lohn gegenüber der in der Vorkriegszeit gezahlten Summe — man zahlte damals 34,50 M. in der Woche — erheblich zurück. Von der Organisation sind ungefähr 1000 Lehrlinge erlosch, während in der Vorkriegszeit ein Stamm von 1500 vorhanden war. Viele Lehrlinge sind auch hier während des Krieges aus ihrem Lehrverhältnis ausgeschieden, da die geringe Entschädigung nicht dazu ansetzt war, die Familie, die ihren Hauptnährer im Felde zu stehen hatte, wirksam zu unterstützen. Anders zu den Lehrstellen ist nicht wahrzunehmen. Die unwirtschaftlichen Verhältnisse greifen auch hier wieder hemmend ein. Ob es doch Lehrstellen, die schon eine zwei- bis dreijährige Lehrzeit hinter sich hatten und nun wünschenswert sind, können nicht weiter lernen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse, die in der Familie herrschen, das nicht mehr zulassen. Erkenntnistweise machen sich Anzeichen der an's Wenden Konjunktur bemerkbar. In der Provinz blüht das Geschäft mehr wie in der Hauptstadt, was sich daraus ergibt, daß viele Facharbeiter nach Berlin zuwandern. Da Reich und Länder sich jetzt auf das Sparen eingestellt haben, so werden sämtliche Druckverträge auf das möglichste eingeschränkt. Ein Beispiel, das die Lage des Standes klar darlegt: Die Reichsdruckerei, die während des Krieges nicht weniger als 12 000 Personen Brot und Arbeit gab, beschäftigt jetzt nur noch ca. 5000. Damit ist aber der eingesezte Abbau noch lange nicht zum Stillstand gekommen.

Die Lithographen

gehören zum Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe, der im übrigen alle Kartographen, Zeichner, Stein-, Holz-, Wappsteiner, Roten- und Lichtdrucker, Reparatoren, Chemographen, Photographen, Insektographen, Retoucheure, Roten-, Kupfer- und Formstecher sowie Kupferdrucker umschließt. Beschäftigt sind augenblicklich 3700 Personen, während 400 des harten Los der Arbeitslosigkeit haben auf sich nehmen müssen. Viele haben sich in die kleinen Inhaberverbände einreihen lassen. Vor dem Kriege belief sich die Zahl der Beschäftigten auf höchstens 120 und erreichte während der Kriegszeit den Höchststand von 400. Der Wochensumme betrug zurzeit für Steinbrucker, Lithographen und Chemographen 24,50 bis 27 M. gegenüber der Vorkriegszeit, wo ein Wochenlohn von 30 bis 36 M. gezahlt wurde. Infolge der ausserordentlichen Konjunkturlage ist es den qualifizierten Kräften in den einzelnen Betrieben gelungen, den Mindestlohn zu überschreiten, doch soll damit nicht gesagt sein, daß dieser Lohn für den Lebensunterhalt ausreichend ist. Man sieht also auch hier, daß keine der obengenannten Branchen ihren Friedensstand, der als Mindestlohn für die heutige Ernährungsbedürfnisse erreicht hat. Die Löhne müssen auch deshalb als außerordentlich gering bezeichnet werden, wenn man in Betracht zieht, daß man von den Lithographen eine rein individuelle Leistung verlangt. Nur qualifizierte Kräfte kommen für diesen Beruf in Frage. Von einem Niedergang des Gewerbes bei den Lithographen kann nur schwermütlich die Rede sein. Es muß aber erwähnt werden, daß beruflige, der diesen Beruf inne hat, ihn nicht oder selten auf die Dauer ausüben kann. Denn sobald die Sehkraft einen Knack erlitten hat, ist es mit der Be-

schäftigung aus. Nur erstklassige Kräfte vermögen sich zu halten. Schwer darnieder liegt die Branche der Kupferdrucker. Bannoten, die früher in Kupferdruck hergestellt wurden, gibt es heute nicht mehr. Dieses Verfahren ist dem Staat zu kostspielig, es stellt keine Bannoten bekanntlich nur noch in Buchdruck her. Anlässlich des letzten Streiks in der Reichsdruckerei haben auch die letzten Kupferdrucker den Lauspaß erhalten, und diese Männer sind jetzt absolut nicht mehr in ihrem Beruf unterzubringen. Wieder die üblichen Arbeitsumstellungen . . . Auch der Porträtfotograph ist so gut wie erledigt. Vor dem Kriege gab es in Berlin 700 Photographengelehrten, und heute sind hier nicht mehr als 60-75 Gelehrten zu finden. Abgesehen von dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang, der das Photographieren als einen Luxus erscheinen läßt, kann mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden, daß auch die Lust am eigenen Porträt verloren gegangen ist.

Ein kleines Beispiel: Die Warenhäuser Berlins unterhielten vor dem Kriege zusammen einen Stab von 200 Porträtfotographen und beschäftigen heute nur noch 16 Personen. Hier hat die wirtschaftliche Krise furchtbar gewirkt und Spuren hinterlassen, die nicht so schnell zu verwischen sein werden . .

Wucher — Bagatelle?

In der letzten Zeit beobachtet man ein allgemeines scharfes Anzeichen der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, das in der Wirtschaftslage keine Begründung hat. Die arbeitende Bevölkerung begrüßt das scharfe Zuzucken der Wuchergerichte, während die am Wucher interessierten Geschäftskreise Peter und Paul schreiben und die Abschaffung dieser lästigen Gerichte in allen Tonarten und mit jeder noch so lächerlichen Begründung fordern.

Wie nicht anders zu erwarten, stellt sich Herr Emminger, der deutschen Republik Justizminister, auf die Seite derjenigen, die „Wucherer“ von jeder groß geschriebe haben. Bekanntlich erließ er im Januar eine Verordnung, nach der die ordentlichen Gerichte alle anhängigen „Bagatellachen“ einzustellen haben. Kammern stellt sich der Lauf eines Verfahrens in Wucherangelegenheiten folgendermaßen dar: Die Staatsanwaltschaft erhebt bei der Anzeige eines Verstoßes gegen die Wuchergesetzgebung einen Strafbefehl, gegen den der Betroffene natürlich Widerspruch einlegt. Dann wird Termin vor dem Amtsgericht angesetzt. Zeugen und Sachverständige werden unter Strafandrohung gezwungen, zur Verhandlung zu erscheinen, um zu erfahren, daß auf Grund der „Emminger-Verordnung“ das Verfahren als Bagatellache eingestellt ist. Die angeklagten Geschäftsleute erscheinen stets in Begleitung eines Rechtsanwalts. Die Kosten spielen ja keine Rolle, da sie bei der Provis der Emmingerer durch erneute Bewucherung wieder doppelt eingeholt werden.

Es würde sicher ein Verdienst sein, diese Praktiken der Gerichte einmal ausführlich zu erläutern und sie aus dem Dunkel der Gerichte an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Schließlich ist die arbeitende Bevölkerung doch nicht nur dazu da, sich als Objekt der Auswucherungspolitik mißbrauchen zu lassen. Landesspolizei und Polizeipräsidenten wetteifern, trotz Beschränkung ihrer Mittel und Abbau des Beamtenapparats, in der Wucherbekämpfung; Herr Emminger aber stellt sich schützend vor diejenigen, die sich in den Maschen der Wuchergesetze gefangen haben. Wie lange soll dieser Stand wohl noch dauern?

Großfeuer in Siemensstadt.

Großfeuer kam gestern nachmittag in Siemensstadt aus und verursachte erheblichen Schaden und reichliche Arbeit für die Feuerwehr. Dort brannte an Rönnehamm — und zwar am sog. Paullern — die bekannte Kerzenfabrik von A. Molari u. Co. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, stand schon ein Ventilationsgebäude des Stearinwerkes und der chemischen Fabrik in großer Ausdehnung in Flammen. Das Feuer hatte von einem Erhänger aus den Weg zum Dache gefunden, so daß der Dachstuhl sich entzündete. Die Spandauer Wehr war nach dem ersten Alarm bald mit Motorspritzen und mechanischen Seilern zur Stelle. Sie nahm mehrere Schlauchleitungen vor und gab kräftig Wasser. Dadurch gelang es, die Flammen einzudämmen und andere Teile des Stearinwerkes zu schützen. Nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Der Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb wird fortgesetzt. Die Fabrik in der Sternfelder Straße mit dem Hauptkontor und den Lagerräumen blieben unberührt.

(Nachdruck durch Wall-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Mit seinem letzten Blick fing Jürgen noch das Wackeln des Sträflings auf, der damit den Wärtern gegenüber seinem mitleidigsten Flüchtlings die Ernsthaftigkeit nehmen wollte. Und dieses bebende Wackeln schien Jürgen das Grauensollste von allem zu sein. Die schwere Tür drückte ihn hinaus.

Gebendet stand er im Sonnenschein. Ging langsam weiter. Neben ihm tappte, Hinterteil und Schwanzstumpf kläglich eingezogen, der Schnauz. Jürgen hob ihn auf. „Etwas muß der Mensch doch in den Armen haben.“ Der zitternde Hund bohrte, stürmisch drängend, seinen Kopf unter Jürgens Rock.

„Wieviel Städte gibt es? Und wieviel Gefängnisse in jeder Stadt? Wieviel Zellen in jedem Gefängnis? . . . Und in jeder Zelle ein Mensch! In jeder Zelle das, was von einem Menschen übriggeblieben ist! Hunderttausende Menschenreste! Und in der einen Zelle dort hinten einer, der weiß, daß ihm morgen früh — um fünf? um sechs? um viertel sieben? er weiß die Minuten nicht, weiß sie nicht — der Kopf abgeschlagen wird! . . . Kultur!“

Die Machtlosigkeit zog alles Blut aus Jürgens Adern und setzte sich als dunkler Druck unter das Brustbein. „Diese Bestien! . . . Aber wer ist schuld? Der Gefängnisdirektor? Der Richter? Der Staatsanwalt? Oder gar die Gefangenen? . . . Sie so wenig wie der Steinbrucharbeiter, der die Steine bricht, und wie der Maurer, der sie zum Gefängnis fügt, und nicht mehr als diese der Schlosser, der vor das Zellenfenster das Eisengitter einzieht, hinter welchem den Klaffgenossen das Leben vergeht. Es gibt keinen Verantwortlichen. . . Der Staat? Der Staat ist ein Machtinstrument gegen die menschliche Gemeinschaft. Ist keine Person. Du findest im bürgerlichen Staate keinen Verantwortlichen. Du greiffst in die Luft.“

„Die Ordnung der Dinge, sie ist schuld.“ Auf dem Tische lag wieder ein Brief von der Tante. Er schob ihn ungelesen weg. Auch als Katharina schon zurückgekommen war — Jürgen hatte den Fußboden geschruppt, ein Buch verkauft, für das Geld ein paar Blumen gekauft, das Kniehohe, eiserne Glühfischchen geheizt, denn es war an den

Abenden schon kühl —, lag der Brief noch ungeöffnet zwischen den Papieren.

Der Schnauz war wieder heiter geworden. Den Winter über schrieb Jürgen Artikel für das Arbeiterblatt, hielt sozialwissenschaftliche Vorträge im Bildungskurs, sprach in Versammlungen. Die Kollegs besuchte Jürgen unregelmäßig.

So lebte er in seinen sechsundzwanzigsten Frühling hinein, ohne irgendwelche Beziehungen zu seinem früheren Leben, auch innerlich durch nichts mehr gefesselt an die Erlebnisse seiner Jugend. Denn in dieser Zeit überfielen ihn auch die Angstträume nicht mehr, wie früher fast jede Nacht, da der Vater, die Professoren, die Tante machtlos ihn angeblökt hatten und er, der Erwachsene, als Kind bebend in der Zimmerede gekauert war, ohnmächtig ausgeliefert; andere Träume, von Jürgen bisher nie erlebt, schoben sich ein. Kampftäume, aus denen er siegreich und erfrischt hervorging.

Aber erst nach der Nacht, da er im Traume, anstatt in Angst zu erbeben, auch dem Vater ins Gesicht gelacht und des Vaters Hand mit dem drohend deutenden Zeigefinger furchtlos zur Seite geschleudert hatte, war dessen Nacht ganz gebrochen gewesen. Erst nach diesem Erwachen hatte Jürgen ganz sicher gewußt, daß alle Ungeheuer seiner Jugend und Erziehung völlig überwunden waren. Nie mehr war im Traume der Vater erschienen.

„Jetzt erst entscheidet nicht mehr ein fremder Wille in mir meine Handlungen. Und dazu mußte ich sechsundzwanzig Jahre alt werden. . . . Jetzt leuchte ich einen anderen endlosen Berg hinauf; aber . . . ich selbst, ich selbst leuchte ihn hinauf. Ich selbst habe mich dafür entschieden, frei entschieden, diesen Weg zu gehen; nicht das Fremde in mir zwingt mich.“

„Es denken und fühlen die allermeisten Menschen bis zu ihrer Todesstunde Gedanken und Gefühle, die nicht sie selbst denken und fühlen: es begehen die allermeisten Menschen bis zu ihrer Todesstunde Handlungen, die nicht sie selbst tun; die Summe der Ermordungen, an ihrem Wesen verübt von den Autoritäten, dieser Zwingerherren der Seele, denkt, fühlt, handelt.“

Noch nach Jahren erinnerte Jürgen sich Jenes Morgens, da er zum ersten Male die ruhige Sicherheit empfunden hatte, durch nichts Fremdes mehr verzwängt, sondern ganz und gar Selbstherrlicher seines Gefühlslebens zu sein. Dieser Wendepunkt seines Daseins war begleitet gewesen von der un-

begreiflich lastlosen Empfindung, seine Vergangenheit siegt nicht mehr hinter ihm, sondern vor ihm.

Kopf in die Linke gestützt, war er seitwärts am Schreibtisch gesessen, mit dem Blick zur Verbindungstür, und hatte gedacht: Von nun an gibt es für mich keine Abwälzung der Verantwortung mehr durch den Hinweis auf die in Kindheit und Jugend empfangenen Wunden. Es können neue Wunden mir geschlagen werden von der Umwelt; aber alte Wunden für mein künftiges Tun und Unterlassen verantwortlich zu machen geht nicht mehr an. Ich stehe am Anfang meines Ich. Um sie gewaltiger die Verantwortung! Wie ungeheuer wäre der Verdacht erst solch eines Menschen, der sein gewonnenes Ich verkaufen würde um des Lebensgenusses willen, angesichts allein nur der einen Tatfache, daß jene hunderttausende Gefangenen nur ein einziges winziges Feld des millionenfeldigen Schachbrettes der Leiden füllten!

Kindergeschrei im Hofe. Frühlingssonne, die den letzten Rest des schmutzigen Altknees schmolz. Aus der ledernen Dachrinne fielen in Pendelregelmäßigkeit die schweren Tropfen blinzelnd vorbei an Jürgens Fenster und platzten in die Pfütze. Im Zimmer nebenan klapperte die Maschine. Katharina arbeitete. Sie arbeitete immer.

Auch Jürgen trug in sich das Gefühl, daß in einer Lebensordnung, in der fast jeder Bewußt des einen nur auf Kosten eines anderen zu gewinnen sei, der Sozialist alles, was er an Leben gewönne, nur auf Kosten seiner Hingabe an die Ideo gewinnen könne.

„Aber was ist Pflicht? habe ich als Abiturient die Tante gefragt. . . . Wir stehen, zusammen mit den Entrechteten tief unten in der Spitze, in der tiefsten Tiefe eines gewaltig großen Trichters. Oben ist der Trichter erdbreite, oben ist das Leben. Und nur zusammen mit den Entrechteten dürfen wir vorwärtschreiten, nach oben, wo das Leben ist. Das Bewußtsein, dieses Bewußtsein ist alles. Weh dem, der seine Pflicht verlegt; der die verläßt, die in schweren Leiden und Kämpfen nur in qualvoll langgezogener Spirale aufwärts zu gehen vermögen, im millionenfältigen Schritt der Massen. . . . Jetzt weiß ich, was Pflicht ist.“

Wenn Jürgen zurückdachte an den Abend, da er, Kopf in die Linke gestützt, diese Gedanken gedacht hatte, schien es ihm, als sei erst eine Woche vergangen.

(Fortsetzung folgt.)

Prozeß Friedmann.

Erster Tag. — Die Vernehmung der Angeklagten.

Nach langer Pause ein großer Tag im Moabit-Kriminalgericht. So ganz unberechtigt mag das Interesse nicht sein. Daß Homosexuelle von Menschen, zu denen sie in diesen oder jenen Beziehungen gestanden haben, umgebracht worden sind, ist schon öfter vorgekommen: Dr. Magnus Hirschfeld hat in einer kleinen Schrift, die bereits vor mehr als einem Jahrzehnt erschienen ist, 20 solcher Fälle aufgezählt. Daß aber in Berlin eine derartige Tat zur Aburteilung gelangt, geschieht zum ersten Male. Gewöhnlich tauchen die Spuren der Täter in der Großstadt leicht unter. Die Strafammer, unter normalen Verhältnissen wären es die Geschworenen gewesen, wird die harte Ruhe zu machen haben: Wo ist der Täter? Wo ist die Angeklagte auch bemüht sind, die Schuld am Tode des Friedmann einander zuzuschreiben, darin sind sie einig, daß ein Mord nicht beabsichtigt war: der plötzlich entstandenen Gefühlsaufwallung des Hoffmann soll die Tat entsprungen sein, erst hinterher kam der Gedanke, die Sachen zusammenzuraffen. Die Entscheidung werden vielleicht die Zeugen ausfragen bringen. Aus ihnen heraus wird es auch leichter fallen, die Persönlichkeiten der Angeklagten zu beurteilen, deren Glaubwürdigkeit für das Gericht entscheidend werden kann. Der Hoffmann, zugleich Berliner und Preuze, vereint in sich die Weichheit des slawischen Akzents mit der Brutalität des Schlächtergesellen — auch äußerlich. Seine wohlgebaute Figur läßt kaum den schlaftrunkenen Boyer mit den stählernen Muskeln vermuten. Seine Korrektheit, Zurückhaltung, Diszipliniertheit in Bewegung und Sprache verraten trotzdem eine leichte Erregbarkeit: Gefallen läßt er sich nicht, selbst in der Gefängniszelle nicht; auch durch seine Reiterien war er bekannt. Seine Wohlgezogenheit hindert ihn nicht, mit schwer verhaltenem Groll und stechendem Blick die Fragen der feindseligen Verteidiger, die gefährlichen Ausfragen des Mitangeklagten und die Botschaften der Sachverständigen zu verfolgen. Seine gute Aufassungsgabe, die gemessene Redegewandtheit und weitmännliche Zurückhaltung, die an den Tag gelegte Wahrhaftigkeit und Aufmerksamkeit, die es fast unmöglich machen, ihn bei Widersprüchen zu ertappen, stehen vornehmlich ab von der hastigen, undeutlichen und stolpernden Redeweise seines Mitangeklagten, hinter der sich eine innere Unruhe verbirgt. Die dünnen zusammengekniffenen Lippen, die zusammengezogenen Augenbrauen offenbaren eine fühlige Portion Bosheit. Seine Beschränktheit flüstert ihm Erklärungen zu, die ihn hinterher selbst in Verwirrung bringen. Er verrät sich fast unwillkürlich, als er wie ein ertappter Junge keine Erklärung dafür finden kann, daß die Faust des Getöteten gerade sein Kopfhaar umklammerte und daß die Kraper im Gesicht des Toten und die Würgestellen an dessen Hals nicht von den behandschützten Händen seines Freundes herkommen konnten. Und doch weiß man nicht, wer mehr lügt. Wie die beiden jungen Menschen zur Tat gekommen sind, wo die Wahrheit aufhört und die Dichtung beginnt, wird vielleicht der zweite Verhandlungstag ergeben.

In der weiteren Verhandlung beschuldigten sich die beiden Angeklagten Hoffmann und Alfred Schulz gegenseitig des Mordes. Der Angeklagte Hoffmann sagt weiterhin aus, daß er noch am 13. Juli zu Friedmann gehen wollte und daß sich Schulz von selbst angeboten hätte, mitzugehen. Ihm sei das ganz lieb gewesen, weil Friedmann ihn immer wegen seiner Infektion genedet habe. Als Grund hierfür gibt der Angeklagte an, daß er hoffe, von Friedmann die Mittel zu erhalten, um sich auszurufen zu lassen. Friedmann habe sich sehr ablehnend verhalten. „Ich habe immer Handschuhe an wegen meiner häßlichen Schädlerhände.“ Friedmann sagte zu mir: „Du hast wohl die Krätze?“ und wollte mir beim Abschied nicht die Hand geben. Ich war vorher schon ärgerlich auf ihn. Nun stieg die Wut in mir auf, und ich gab ihm ein paar Stöße und er fiel gleich hin. — Es folgt dann die Vernehmung des zweiten Angeklagten, Alfred Schulz, der das strikte Gegenteil von den Angaben Hoffmanns behauptet, so daß sich zwischen den beiden Angeklagten ein wahrer Wettkampf um den Kopf entspinnt. Alfred Schulz hat mit Hoffmann den Friedmann besucht, der sehr lächelte und Hoffmann verabschieden wollte. Er, Schulz, habe auf die Unterredung nicht Acht gegeben und nur bemerkt, daß Hoffmann in Wut geraten war. Dann habe er gesehen, daß Friedmann zu Boden fiel und Hoffmann auf ihn herauf, denn Friedmann hatte — an ihm festgeklammert. Friedmann rief, am Boden liegend: „Mutter, Erbarmung!“ Darauf sagte ich: „Mutter, mach doch keinen Quatsch!“ Friedmann rief mir nun zu: „Dann helfen Sie mir doch!“ Da bin ich aufgestanden und habe Friedmann bei den Händen gefaßt. — Vorl.: „Sie hätten doch aber Hoffmann lassen müssen?“ — Angekl.: „Ich wollte, daß Hoffmann frei werde und hochkommen könnte. Hoffmann hat's mit beiden Händen den Hals von Friedmann umklammert. Das erregte bei mir solchen Abscheu, daß ich mich wieder auf den Stuhl setzte und nur sagte: „Laf den Menschen doch los.“ Hoffmann gab ihm noch zwei Magenschläge, dann kniete er auf seinem Körper und nahm ihm die goldene Armbanduhr ab. Vorl.: „Und das haben Sie alles ruhig mit angesehen?“ Angekl.: „Was sollte ich machen, Hoffmann ist bekannt als Reitererbruder, der leicht in Wut gerät.“ Die Rechtsanwältin Dr. Frey und Dr. Bindar werfen auf Widersprüche in den verschiedenen Aussagen des Alfred Schulz, während die Rechtsanwältin Bagn und Dr. Eisenstadt Hoffmann unwahrheiten nachzuweisen suchen. Professor Dr. Strouh stellt fest, daß der Tod durch Erwärmen hervorgerufen sei. Bei der Vernehmung des Gerichtsarztes Dr. Hirsch und einiger weiterer Zeugen wird die Deffenlichkeit wieder ausgeschrieben. Da von der Verteidigung des Alfred Schulz die Behauptung aufgestellt wird, daß Friedmann möglicherweise bereits durch die Vorschläge Hoffmanns gelötet worden sei, beantragt Rechtsanwalt Dr. Bindar die Ladung von Breitenstraße und anderer Vorfallverwandiger zum Beweise dafür, daß durch Vorschläge keine Lebensgefahr entstehen kann, so daß aus den Vorschlägen Hoffmanns nicht die Tötungsabsicht hergeleitet werden könne. Die Verhandlung wird Mittwoch früh fortgesetzt.

Weitere Vernehmungen des Frauenmörders Gerth.

Zu dem Doppelmord in der Schleiermacherstraße wird noch mitgeteilt, daß sich in Laufe des gestrigen Vormittags auch Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Störmer mit dem verhafteten Täter beschäftigt hat. Geistig zeigt der Verhaftete in keinen Gedankenengängen und Schlussfolgerungen keinen Unterschied von einem normalen Menschen, abgesehen von einigen wenigen kleinen Abweichungen. Auch körperlich ist er gesund bis auf die Folgererscheinungen der Jugendverirrungen. Ein abschließendes Urteil könnte der Gerichtsarzt natürlich erst auf

Grund längerer Beobachtungen abgeben. Der Verhaftete hat sich beruhigt und bestimmt sich nach und nach immer mehr auf die Einzelheiten der schaurigen Tat. Bemerkenswert nach dieser Richtung ist, daß Gerth, ein kräftiger, muskulöser Mann, die Frau Hoffmann nicht mit der Fingerringe, sondern durch einen „berühmten“ Niu-Tsüu-Halsgriff zum Erstickten gebracht hat. Dieser Griff, den er bei Übungen mit Kameraden kennen lernte, war sofort tödlich. Nach ihm griff der Mörder zum Messer, dann erst zu dem Draht und endlich auch noch zu der Axt. Sie wurde neben der Leiche gefunden. Gerth wurde vom Erkennungsdienst photographiert und daktyloskopiert. Die vereinigten Nordkommissionen sind jetzt noch dabei, seinen ganzen Lebensgang möglichst eingehend nachzuprüfen. Auch von dem Gesichtspunkte aus, daß er vielleicht auch anderen Frauen oder Mädchen schon nach dem Leben getrachtet haben könnte. Er bestreitet ganz entschieden, sich bisher auch nur einer einzigen Frauensperson mit solchen Absichten getübert, geschweige denn einen Versuch gemacht zu haben. Als Solbat nahm er unter anderem an den Kämpfen gegen die Bolschewisten in Finnland teil. Vor einem Jahre bekam er einmal von einem Bekannten Kola in die Hände. Er nahm es eine Weile in der Hoffnung, daß dieses Mittel ihn von seinem Uebel befreien könne. Als er aber sah, daß es eher noch die gegenläufige Wirkung hatte, hörte er sofort mit dem Genusse auf. Alles in allem macht der Verhaftete in seiner ganzen Erscheinung einen so günstigen Eindruck, daß ihm niemand ein Verbrechen zutrauen würde.

Protestkundgebungen der Berliner Kriegsofoper.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat nach Altem Festhalten in der Hofenheide zu einer Protestkundgebung aufgerufen, um gegen die unter dem Ermächtigungsgesetz von der Regierung getroffenen Maßnahmen zu protestieren. Lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal überfüllt. Der Redner, Gauleiter Wende vom Bau Berlin des Reichsbundes, fand mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall und wurde bei Schilderung des namenlosen Elends vieler Kriegsofoper von der Versammlung zustimmend unterbrochen. Er wies darauf hin, daß die Verordnung über die Fürsorgepflicht eine erhebliche Verschlechterung der sozialen Fürsorge der Kriegsofoper mit sich bringt, deren Ausmaß noch nicht zu übersehen ist. Allein die Möglichkeit, armenrechtliche Bestimmungen auf die Kriegsofoper anzuwenden, muß entschieden abgelehnt werden. Er forderte, daß nach wie vor die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und hinterbliebene Aufgabe des Reiches bleibt und daß sie in einer für ein Kulturvolk würdigen Weise ausgeübt, nicht abgebaut wird. — Die unter dem Deckmantel der Personalabbauverordnung erlassenen Bestimmungen, die die Rechtspflege bei den Versorgungsgerichten stark beeinflussen, haben eine ungeheure Erregung unter den Kriegsofoper hervorgebracht. — Die Renten, die verschiedentlich nur ein Siebentel der Vorkriegsrenten betragen, reichen nicht im entferntesten zur Deckung des einfachsten Lebensunterhalts der Kriegsofoper, sondern bedeuten ein langsames Dahinsinken und Verhungern. Die stärkste Heranziehung der Leistungsfähigen zu den Steuern muß die Mittel für eine ausreichende Versorgung schaffen. Ganz besonders wurde die Handlungsweise der Regierung verurteilt, welche durch irrtümliche Angaben über die Höhe der Renten versucht, die öffentliche Meinung zugunsten der Kriegsofoper zu beeinflussen. Diese Handlung wurde von den Kriegsofoper als Behöhnung trotz bitterster Notlage empfunden. Es wurde einstimmig eine Entschlieung angenommen, die die Ausführungen des Referenten zusammenfaßt und den Parteien des Reichstages unterbreitet werden soll. Die Kriegsofoper verpflichten sich in dieser Resolution, bei den kommenden Reichstagswahlen nur für die Volksvertreter zu stimmen, die die Interessen der Kriegsofoper auch im Reichstage vertreten.

Das Oberversicherungsamt sucht Kassenärzte.

Der Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen war in Berlin durch den Rechtspruch des Oberversicherungsamtes vom 9. Februar 1924 theoretisch zugunsten der Krankenkassen entschieden. Praktisch ging er jedoch weiter, weil die wirtschaftlich organisierte Ärzteschaft ihn durch ihre Macht doch noch zu gewinnen hoffte. Der Terror, der von vertragsbrüchig gewordenen Kassenärzten gegen ihre mit den Krankenkassen sympathisierenden Kollegen ausgeübt wurde, erschwerte es den Krankenkassen, die für die ärztliche Versorgung der Mitglieder nötige Zahl von Ärzten zu gewinnen. Darauf kam es an, daß diese Bemühungen möglichst gestört wurden; denn wenn die ärztliche Versorgung dem Oberversicherungsamt nicht hinreichend sichergestellt schien, mußte diese Behörde eingreifen. Das ist jetzt geschehen, und in den Berliner Zeitungen (auch im „Vormärts“) sucht nunmehr das Oberversicherungsamt durch Annoncen die noch lebenden Ärzte, auch Fachärzte. Aber eine Zeitungskorrespondenz, mit deren Hilfe der Groß-Berliner Arztverband durch die bürgerliche Presse die Bevölkerung in seinem Sinne zu beeinflussen sucht, meldet bereits, daß die „ärztliche Vertragsgemeinschaft“ schon vor einigen Tagen dem Oberversicherungsamt ein Kollektivangebot für die Gesamtheit der hiesigen Kassenärzte gemacht und ihren Mitgliedern Einzelangebote unterlagert hat. Die Korrespondenz, die den vertragsbrüchigen Ärzten als Sprachrohr dient, kündigt an, daß bei der strengen Disziplin der Berliner Ärzteschaft auch der Versuch des Oberversicherungsamtes, von der ärztlichen Organisation den Krankenkassen die nötige Anzahl Ärzte zu verschaffen, erfolglos sein werde. Man sieht, wie die Ärzteschaft bemüht ist, den Krankenkassen ihren Willen aufzuzwingen. Sie verlangt erneute Zulassung der Gesamtheit der vertragsbrüchig gewordenen Kassenärzte, womit die Fortdauer der unbeschränkten freien Arztwahl für sie gesichert wäre. Die Krankenkassen sollen möglichst für die gesamte Berliner Ärzteschaft zu einer „Futterkrippe“ gemacht werden, wie man das zu nennen pflegt.

Eine Stahlhelmfeier. Im Schöneberger Rathaus wird seit längerer Zeit in den Dienststunden eine rege Agitation für die am Sonntag, den 1. März, in den Räumen der Schöneberger Schloßbrauerei stattfindende Jahresfeier des Schöneberger Stahlhelms betrieben. Duzende von Beamten aller Grade lassen von Bureau zu Bureau, um Eintrittskarten dazu zu verschaffen. Mit Vorliebe bietet man die Karten republikanisch gesinnten Beamten an, um ihnen zu zeigen, daß das Schöneberger Rathaus eine deutsch-nationale Domäne ist. Wie verlautet, soll die Festrede auf die Republik der deutsch-nationale Oberbürgermeister Dr. Berndt übernehmen haben, während die Teilnehmer auf die nächste Gebaltszahlung verzichteten, um sich nicht mit dem Gelde aus den Kassen der „Judenrepublik“ zu bedienen. . . .

Speech-Chor für Bolschewistische Feiern. Heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr: Uebungsstunde im Gesangslokal der Sophienstraße, Weinmüllerstr. 10/11. Die Mitglieder des Ausschusses müssen eine Stunde früher erscheinen.

Eine Freikarte erhalten unsere Leser gegen Vorlegung des Interesses in der heutigen Nummer im Ballhaus-Theater, Weinbergstraße 19/20, zu der morgigen Freitag, den 29. Februar, stattfindenden letzten Vorstellung des großen Februarprogramms. Weitere Karten zum halben Preis.

Ungarische Sozialdemokraten. Sonntag, den 2. März, 10 Uhr vorm. Oberstr. 6, bei Krebs, Versammlung. Reichhaltige Tagesordnung. Aussprache. Vorschläge. Renaufnahmen. Vorstandsmittgliederwahl am Montag 9 Uhr. Deutsche Parteigenossen willkommen. Parteibuch legitimiert.

Beziehungsabstufungsschule Groß-Berlin. Am Sonntag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr, findet in der Philharmonie, Weinburger Straße, unter 5, ein Konzert statt. Mitwirkende: Das Philharmonische Orchester unter Leitung von Stiedry. Die Kreise werden ersucht, Einzelkarten vom Bureau abzuholen.

Im Rahmen des vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Potsdamer Str. 120 veranstalteten Kursus über die Lebensgemeinschaftsschule (pricht am Donnerstag, 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Genosse Dr. Karlsen über „Arbeitsformen — Methode: Wissenschaftliches Spiel“.

Schuh den Wächern. „Abbau des Gedärtsanges“ ist das Thema einer öffentlichen Versammlung, das am 29. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Königsstraße, der Bund für Winterquart durch Dr. jur. Siegfried Weinberg, Dr. med. Heinz Stadel und Dr. phil. Helene Stöcker behandelt läßt. Nach dem Vortrag Diskussion. Gäste willkommen!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 28. Februar:

- 1. Kreis Charlottenburg. 7 Uhr. 2. Abend des Vortragens zum Vorbereitung der Funktionäre für die Reichstagswahlen im Jugendheim, Oberlittenburg Rosenstr. 8, vorn 1.
- 12. Kreis Tempelhof-Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Tempelhof. Öffentliche Versammlung. Thema: Die Schule und ihr Verhältnis zu Staat, Kirche und Staat. Ref.: Schulrat Dr. Ewertstein. Die Genossen werden dringend ersucht, für guten Besuch zu sorgen und selbst zu erscheinen.
- 13. Junges Leben. Gruppe Friedrichshagen. Abends 8 1/2 Uhr. Am Ostbahnhof. Soziale Arbeitsgemeinschaft. Vortrag: „Sozialistische Aufgaben“.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 28. Februar:

Frauenabend der 114., 115., 116. Wkt. Richtenberg, Rindberg, Mühlischtr. 1. Ed. Gumbrecht, abends 7 1/2 Uhr. Vortrag über: „Wirtschaftswagen.“ Ref.: Genosse Hermann Müller.

Morgen, Freitag, den 29. Februar:

- 1. Kreis Kiepenhagen. 7 1/2 Uhr. Versammlung der Gruppe für freie Arbeiter. Referenten: Dr. Grana, Erhard Wolf Koch und Heinz Wilhelm Schwamm. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, daran teilzunehmen.
- 1. Kreis Wedding. Sitzung des erweiterten Vorstandes mit den Bezirkskollektoren an bekannter Stelle abends um 8 Uhr.
- 1. Kreis Wilmersdorf. 8 Uhr abends bei Tleper, Kolonnenstr. 60. Sitzung des erweiterten Vorstandes, daran anschließend 9 Uhr: gemeinsame Sitzung des erweiterten Vorstandes und des Bildungsvereins.
- 17. Kreis Richtenberg. Kreisabend für Arbeitermännlichkeit und Rindberg. Große Kreisversammlung abends 8 1/2 Uhr pünktlich im Rathaus Richtenberg, Mühlenschtr. 1. Tagesordnung: Unsere Zusammenarbeit mit internationalen Arbeitervereinigungen. Ref.: Genosse Tobenbogen.
- 20. Kreis Reinickendorf. 7 Uhr im Volkshaus, Reinickendorf-W. 8. Gewerkschaften 114. Sitzung des erweiterten Vorstandes mit den Bezirkskollektoren sämtlicher Abteilungen des Kreises. Erscheinen jedes Genossen dringend notwendig.
- Junges Leben. Gruppe Köpenick. Am Jugendheim, Schönfelderstr. 1 in der Anstalt, abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: Der historische Materialismus. Ref.: Genosse Meißner. — Gruppe Schöneberg. 8 Uhr, Rindberg, Reinickendorf, Freitagabend.

- 1. Kreis Friedrichshagen. Enge Wochenabstufung mit den Delegierten zum Reichstagswahltag am Sonntag, den 1. März, abends 8 Uhr, bei Solaf, Beamesstr. 8.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

104. Wkt. Ruben. Am M. d. M. verstarb unser Genosse August Reich. Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 29. Februar, abends 7 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 28. Februar, 7 1/2 Uhr:

Gesundbrunnen: Schule Golenberg Str. 1. Vortrag: „Entwicklungs-geschichte des Sozialismus.“ II. — Strauß IV. Sozial zum „Vormärts“, Steinbockstr. Vortrag: „Die deutsche Jugendbewegung.“ — Ober Str. 6. Schule Kiepenhagen. 3. „Soziale und heitere Dichtungen.“ — Reinickendorf: Süd-Quai, Vortrag: „Arbeiterjugend und die deutsche Jugendbewegung.“

Arbeitersport.

- Arbeiter-Wintersport-Interessengemeinschaft. Sonntag, 1. März, bei Schöne-lone Eisbahnübung mit gemeinsamem Ziel in 3 Gruppen. 1. Gruppe (An-fänger), Abmarsch 9 1/2 Uhr vom Bahnhof Oranien: Führer Reich. 2. Gruppe (Fortgeschrittene), Abmarsch 9 1/2 Uhr vom Bahnhof Köpenick: Führer Bergma-n. 3. Gruppe (gute Läufer), Abmarsch 9 1/2 Uhr vom Bahnhof Spindlerfeld: Führer Biele. Gäste willkommen!
- Kreis Kiepenhagen. Sonntag, den 1. März, abends 8 Uhr. Familienpartie des Bezirks. Treffpunkt 1 Uhr Ostlicher Bahnhof. Fahrt bis Eichwalde.
- Kreis Schöneberg. Sonntag, den 1. März, abends 8 Uhr. Reichstr. 14. Wanderversammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
- Kreis Wilmersdorf. Die Naturfreunde. Wintersport Charlottenburg. Der Schneemann am Donnerstag, den 28. d. M., fällt aus; dafür Willkomm am „Wilmersdorf-Abend“ der Rindberggruppe in der Schulaus der Volkshaus, Schillerstr. 24, abends 7 Uhr.

Kennen Sie

Nährflocks?

Sie haben Gelegenheit sich von dem Wohlgeschmack der sofortigen Verwendbarkeit und der mühelosen Zubereitung durch eine

Kostprobe

an unserem Stand im

Kaufhaus Tietz, Frankfurter Allee,
Kaufhaus Tietz, Leipziger Straße

zu überzeugen. — Ununterbrochene Abgabe von Kostproben während des ganzen Tages ohne jeden Kontrahierung

Deutsche Nährflocken-Werke A. G. Berlin W8. Friedrichstr. 53

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI® Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen **MAGGI** und die rotgelbe Packung.

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, erhält man kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



Münchener Scheu vor der Öffentlichkeit.

Chrhardt und Norddeutschland in die Dunkelkammer verwiesen!

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Zuf Befragen der Verteidigung befand am Vormittag der Angeklagte Weber im Hitler-Prozess weiter, daß bei der Besprechung im Nebenzimmer

des Bürgerbräukellers von einer Kampfstimmung zwischen den Herren nicht die Rede sein könne. Wir haben uns noch gegenständig Zigaretten und Zigarren angeboten. Das wäre doch sicher nicht der Fall gewesen, wenn Kampfstimmung geherrscht hätte. Ich bot Oberst Seiger eine Zigarre an, und da kam General Lossow zu mir und fragte: „Ach, haben Sie für mich nicht eine Zigarette?“ (Heiterkeit im Saal.) Ich habe nur einmal, als Lossow sich mit Major Hinglner in eine Ecke zurückziehen wollte, gegeben, daß er das erst nach Abschluß der Verhandlungen tun solle. Ein Verteidiger: Trophem sollen sich die Herren

gegenseitig das Wort „Komödie!“ zugerufen

haben. — Angekl.: Das hätte ich unbedingt hören müssen. Von einer Komödie war ja auch gar keine Rede, sonst hätte Herr v. Kahr nicht so leise mit sich gerungen. Er hatte ja noch ausdrücklich nach anderer Stellung zur Monarchie gefragt, ob wir auch alle Monarchisten seien, weil er an sein St. Majestät gegebenes Wort gebunden sei. Er hat dann allerdings selbst bestätigt, daß die Frage ungenügend noch nicht auf sei. Über dieses Verhalten steht doch nicht nach Komödie aus. — Ein Verteidiger: Kann die Bemerkung des Generals v. Lossow bei der Besprechung am 8. November nicht vielleicht als die Schaffung eines Entlastungsbewei- ses angesehen werden für den Fall, daß der Plan scheitern sollte? — Angekl.: Ich habe damals noch keineswegs an irgendwelche Hintergedanken gedacht. — Vert.: War bei der Besprechung am 3. November auch San.-Rat Pittinger vom Bund „Bayern und Reich“ vertreten? — Angekl.: Nein, nur die militärischen Führer. — Vert.: Pittinger soll aber auch sonst auf ein beschleunigtes Tempo gedrängt haben. — Angekl.: Sowohl. Auf dem Deutschen Tag in Bamberg hat Oberst Insander vom Bund „Bayern und Reich“ erklärt, Pittinger lasse sagen, daß alle Erklärungen des Bundes an den Generalsstaatskommissar den Zweck hätten, ihn zum entscheidenden Schritt zu drängen.

Der Verteidiger des Angeklagten Böhmer richtete dann ebenfalls eine Reihe von Fragen an den Angeklagten über das Amt, was für Böhmer aussersehen war. Angekl.: Mir war seit Mitte Oktober bekannt, daß Herr v. Kahr dem Präsidenten

Böhmer für das Generalsstaatskommissariat für Sachsen und Thüringen vorgeschlagen

hätte. Böhmer hatte sich aber Bedenken ausgesprochen. Daß er in Beziehungen zur bayerischen Diktatur zu bringen sei, war von Anfang an klar, und das habe ich auch Herrn v. Kahr gesagt. Ein Verteidiger: Ich möchte die Frage aufwerfen, ob die Staatsanwaltschaft das Protokoll der Sitzung vom 6. November besitzt, und wenn das nicht der Fall ist, warum sie sich dieses wichtige Schriftstück nicht verschafft hat. Wir wissen, daß das Protokoll existiert und daß es auch in einem Kreise von Weutern verlesen worden ist. Wir sind von diesem Protokoll in den Akten nichts bekannt.

Erster Staatsanwalt Stenglein: „Mir ist von diesem Protokoll auch nichts bekannt.“ — Verteidiger: „Dann beantrage ich, daß dieses Protokoll herbeigeschafft wird; es muß sich zum mindesten in den Händen des Herrn v. Lossow befinden. Wahrscheinlich auch in denen des Generals Epp, in dessen Gegenwart es verlesen worden ist.“

Justizrat v. Zetzschwieg: „Ich sehe General v. Epp hier im Sitzungssaal. Vielleicht kann er darüber verhört werden und es ist auch nur informativ.“ — Vert.: „Ich bitte Herrn General Epp, vorzutreten.“ Daraus erhob sich General Epp und trat an den Richterlich. — Vert.: „Wissen Sie etwas von diesem Protokoll?“ — General v. Epp nach längerem Zögern: „Von wem soll es denn eigentlich verfasst sein?“ — Verteidiger: „Herr General, haben Sie nicht einen Kreis von Personen geladen, vor dem dieses Protokoll am 6. November verlesen worden ist?“ — General v. Epp: „Daron weiß ich nichts.“ — Vert.: „Ist dieses Protokoll Ihnen wirklich nicht bekannt?“ — General Epp erregt: „Ich hätte ja gar keinen Grund, etwas anderes zu sagen. (Bewegung und Unruhe im Saal.) — Als dann einer der Verteidiger auch den

geplanten Marsch auf Berlin

zur Erörterung bringen will, greift der Vorsitzende mit dem Bemerkung ein, daß diese Frage in nächstfolgender Sitzung erörtert werden solle.

Am Anschluß hieran kommt es zu einem scharfen Konflikt zwischen dem zweiten Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Chhardt und der Verteidigung. Staatsanwalt Chhardt fragte den Angeklagten: „War nicht die Bestrebung, ihre eigenen Ziele durch einen Druck auf Berlin zu erreichen, schon lange vorhanden, bevor das Generalsstaatskommissariat gegründet wurde?“ — Angekl. Dr. Weber (sehr energisch): „Wir haben niemals eigene, sondern immer nur deutsche Ziele verfolgt. Die Bestrebung,

einen Druck auf Berlin auszuüben,

ist vorhanden, solange es eine vaterländische Bewegung gibt, denn wir wissen, daß der Grund zu allem Elend in Berlin ist und daß dort aufgeräumt werden muß.“ — Staatsanwalt Chhardt: „Sie scheinen ja sehr empfindlich zu sein. Glauben Sie denn, daß nur der „Kampfbund“ imstande ist, deutsche Ziele zu verfolgen?“ — Angekl.: „Der „Kampfbund“ auf jeden Fall am stärksten, aber ich bin auch überzeugt, daß andere vaterländische Verbände gleichfalls deutsche Ziele verfolgen.“ — Staatsanwalt: „Ist Ihnen die Einrichtung des Generalsstaatskommissariats nicht sehr in die Quere gekommen?“ — Angekl.: „Warum denn?“ — Staatsanwalt: „Sie sagen ferner, daß, wenn Ludendorff sich an die Spitze der Reichswehr gestellt hätte, der norddeutsche Reichswehr nicht auf ihn geschlossen hätte. Haben Sie nicht gehört, daß Ludendorff in der norddeutschen Reichswehr sehr wenig Resonanz hat?“ (Große Unruhe im Saal und Zurufe aus dem Zuhörerraum: „Unrecht!“)

Angekl.: „Auf Grund eigener Kenntnis der Verhältnisse im norddeutschen Offizierkorps der Reichswehr weiß ich, daß überall, vielleicht mit Ausnahme des Bezirks eines gewissen Chefs, die Berechtigung für den größten deutschen General ja stark ist, daß die Möglichkeit, gegen ihn Stellung zu nehmen, gar nicht in Frage kommt.“ — Staatsanwalt: „Das wollten Sie wissen.“ — Justizrat Kohl (sehr erregt auffpringend): „Nein, Herr Staatsanwalt, das wollten Sie nicht wissen; Sie wollten etwas ganz anderes wissen.“ — Staatsanwalt Chhardt: „Herr Landgerichtsdirektor, ich bitte...“ — Justizrat Kohl (ihm ins Wort fallend): „Herr Staatsanwalt, Ihre Frage war so beleidigend für jeden deutschen Offizier, daß sich darauf die Antwort gehörte, die Sie auch bekommen haben.“ (Lebhafte Bravo- und Beifallskundgebungen im Zuhörerraum, die der Vorsitzende sehr energisch rügt.)

Staatsanwalt: „Es werden Zeugen auftreten, die die von mir vorgebrachte Ansicht stützen werden. Im übrigen brauche ich ja auch nicht meine eigene Meinung zu sein.“ — Staatsanwalt Chhardt zu Dr. Weber: „Haben Sie nicht am Morgen des 8. November

Bräden befehlt und Geschäfte aufgeföhren?“

Angekl.: „Das wird wohl an anderer Stelle besser besprochen.“ — Vert.: „Ich protestiere dagegen, daß diese Frage in öffentlicher Sitzung angeschnitten wird.“ Es wird dann noch kurz der Zusammenstoß zwischen den Nationalsozialisten und der Landespolizei erörtert. Der Angeklagte betont, daß die 16 Mann ihre Gewehre gar nicht geladen hatten und nur die Beistellmannschaften der Fahne aufgezogen hatten. Im übrigen wäre es unmöglich gewesen, in der engen Straße den Zug umkehren zu lassen.

Damit war die Vernehmung des Angeklagten Dr. Weber beendet. Hitler wurde noch kurz über ein Schreiben vernommen, das von seiner Beuten an die D. C. gerichtet worden war, und das, wie Hitler betont, die Straße zur Ehrhardt-Bewegung schließen sollte. Es heißt darin, daß die Hitler-Bewegung mit ihrer ganzen Macht sich hinter die Organisation stellen würde gegen die vorgegangenen, wie das aus der Besprechung am 8. November von General Lossow mit Bezug auf selbstständig vorgehende Organisationen angedeutet war. — Vert.: „Mit welcher Macht wollten Sie sich hinter die Organisation stellen?“ — Hitler: „Mit der Macht der öffentlichen Meinung.“ — Staatsanwalt: „Es hieß aber ausdrücklich, mit der gesamten militärischen Macht.“ — Damit war die Vormittags-Sitzung beendet und es trat eine 2 1/2stündige Mittagspause ein.

Sa der

Nachmittagsverhandlung

gab der Vorsitzende folgende Erklärung ab: „Es ist das Gericht vorbehalten, daß ich nach der Vernehmung Hitlers erklärt habe, ich bedauere, ihn nicht früher kennengelernt zu haben. Daran ist kein wahres Wort.“

Hierauf erfolgte die Vernehmung des früheren Polizeipräsidenten von Münden, Böhmer, der erklärte, daß er sich darauf sei, die neuen Reichshaber, die „Ruhriehrer des Verbrechens von 1918“ immer geholt und ihre Anordnungen nicht befolgt zu haben.

Als Polizeipräsident sei er mit einer großen Anzahl von Personen in nähere Fühlung gekommen, insbesondere mit den Anhängern der sogenannten vaterländischen Bewegung. Aus dieser Zeit datieren meine Bekanntschaften mit Beuten, die in der Einwohnerwehr, im Korps „Oberland“, der Nationalsozialisten und in anderen Organisationen tätig waren. Ich genoß bei den Führern dieser Organisationen ein ziemlich großes Vertrauen. Nach meinem Rücktritt als Polizeipräsident im September 1921 bezieht ich mit diesen Beuten Fühlung und wurde oft von ihnen um meine Meinung gefragt. Auch mit Kahr blieb ich in einer gewissen Fühlung. Ich sah ihn allerdings im Jahre 1923 bis zum 30. September nur einmal. Als Kahr zum Generalsstaatskommissar ernannt wurde, erging an mich von verschiedenen Seiten die Anregung, wieder mit ihm zusammenzutreten. Mir war es zweifelhaft, ob Kahr die nötige Entschlossenheit aufbringen würde und dann verspürte ich auch wenig Lust, mich noch einmal in die Brennpunkte zu setzen. Wenn ich es aber doch tat, so gab die Veranlassung hierzu ein Zusammentreffen mit Kapitän Ehrhardt.“ — Vert. (unterbrechend):

„Die Fragen, die Ehrhardt betreffen, wollen wir später in geheimer Sitzung erörtern.“

R.-M. Dr. Suetgebrune: „Dann bitte ich doch lieber sofort die Öffentlichkeit auszuschließen weil sonst die ganze Vernehmung des Herrn Böhmer unverständlich wird.“ — Angekl.: „Ich möchte mich lieber im Zusammenhang äußern. Ich würde von einigen norddeutschen Herren, daß Ehrhardt von Oesterich, wo er sich aufgehalten, geholt worden war. Ich war beauftragt worden, ihm verschiedene auszurufen und freute mich auch, ihn wiederzusehen. Ich lud ihn dann im September 1923 zu mir ein. Dabei sagte Ehrhardt, der Vormarsch gegen Berlin werde sehr ernst. Ich möchte dazu wieder ins Einzelne mit Kahr kommen, damit er, Ehrhardt, wenn er seine Formationen in Nordbayern aufstelle, die Gewißheit habe, daß dieses wichtige Aufmarsch- und Klappengebiet in sicherer Hand sei und daß keine Sabotageakte, wie Generalstreiks oder Verhöhlungen an der Eisenbahn zu erwarten seien. Auch Oberstmann Dr. Frid, der bei der Unterredung zugegen war, redete in diesem Zusammenhang auf mich ein und ich schloß mich auch ein, daß es im Interesse der nationalen Sache liegen würde, wenn ich mit Kahr wieder zusammenginge. Ehrhardt riet mir noch, ich sollte mir von Kahr Unterpolizei als Staatskommissar für Nordbayern geben lassen, wozu ich mich auch bereit erklärte. Ich fragte bei Kahr an und wurde für den nächsten Tag bestellt. Gleichzeitig wandte ich mich an Oberstmann Kriebel, den ich von früher her gut kannte und der häufig bei mir gewesen war. Kriebel äußerte sich im gleichen Sinn wie Ehrhardt. Nach andere Erwägungen spielen dabei eine große Rolle. Es mußte Kahr darum zu tun sein, bei seiner Aufgabe die gesamte vaterländische Bewegung hinter sich zu bekommen. Das war ihm nicht gelungen, weil unzählige Organisationen dabei waren, die im Sinn der alten Einwohnerwehren aufgezogen waren, ältere Herren ohne klaren Ziel in ihrer politischen Einstellung, deren erstes Prinzip war: Ruhe und Ordnung in Bayern. Die anderen Organisationen, die nationalsozialistische Sturmabteilung, Oberland, vor allem die Studentenschaft, konnte Kahr nicht hinter sich bringen, die nahmen ihm gegenüber eine teils abwartende, teils ablehnende, auf jeden Fall eine misstrauische Haltung ein. Das war auch kein Wunder, denn diese Organisationen bestanden aus der Jugend, es waren die aktivistischen Kreise, die ausgesprochen östlich eingestellt waren. Sie sahen ihren Führer nicht in Kahr, sondern in Hitler. Da sie öfter zu mir Vertrauen hatten, hoffte ich, bei einem Zusammentreffen mit Kahr diese wichtigsten aktivistischen Teile mit unter die Fahne Kahrs zu sammeln. Als ich mit Kriebel und Frid zu Kahr kam, beantragte dieser zuerst, daß Kriebel mitkommen war und sagte, ob dieser als Führer des Kampfbundes mitkomme. Ich erwiderte aber, daß ich ihn als militärischen Sachverständigen mitgenommen hätte und darauf ließ dann Kahr seine Bedenken fallen. Von Kahr war Oberst Seiger zu dieser Unterredung hinzugezogen worden.“

Kahr erklärte mir nun zuerst, es müsse im Norden ausgedrängt werden und machte mir den Vorschlag, den Posten eines Joll-gouverneurs für Sachsen und Thüringen zu übernehmen.

Dieser Vorschlag kam mir unerwartet, weil ich glaubte, ich solle nach Nordbayern. Das lehnte Kahr ab, denn er erklärte, er könne die ihm übertragenen Vollmachten nicht weiter übertragen. Auf meine Frage, was ich in Sachsen und Thüringen zu tun hätte, weil doch in Thüringen Herr Frölich und in Sachsen Herr Jekner herrschte, erklärte Kahr, ich würde dieselben Funktionen haben, wie sie im Falle von Unruhen die Beigeordneten bei der Reichswehr hätten, ich würde also bei der Einrichtung von Standgerichten, bei der Neuordnung der Verwaltung und bei den Beratungen der Reichswehrkommandeure mitwirken. Als ich trotzdem nicht auf diesen Vorschlag einging und darauf hinwies, daß ein Verwaltungsbeamter das viel besser tun könne, meinte Kahr, daß diese Aufgabe mich Monate- und jahrelang beschäftigen könnte. Als ich dann noch einmal nach meiner Stellung zur Reichswehr fragte, erwiderte Kahr wörtlich: „Ihr Verhältnis ist bestimmt durch die Dienstvorschriften über das Verhalten des Militärs im Falle von Unruhen. Nähere Aufschlüsse wird Ihnen Oberst Seiger

geben. Ihre Stellung wird im Kleinen so sein, wie in Bayern mein (Kahrs) Verhältnis zu Lossow.“ Dabei wußte man, so erklärte Böhmer, in Bayern überhaupt nicht, wer Kahr und Kellner ist, ob Kahr, ob Lossow, das Ministerium oder der Landtag oder sonst jemand. Jedenfalls hatte ich wenig Neigung zu einem solchen Posten. Kahr ließ mir dann Bedenken, und so verließ die Unterredung zwar harmonisch, aber ohne positives Ergebnis. Bei den Verhandlungen, die ich dann in den nächsten Tagen mit Seiger hatte, besprachen wir dann nochmals alle Einzelheiten, kamen aber immer wieder auf den letzten Punkt. Mitte Oktober kam Ehrhardt wieder zu mir, und im Gespräch, wie es ihm hier gefalle, sagte er mir, er komme sich sehr besch. vor. Ich war erstaunt, denn ich wußte, daß er sicheres Gefühl habe und Notposten für die bayerische Regierung ausrichtete. Er bat mich, eine Unterredung mit Hitler zu vermitteln. Ich wußte, daß eine Spannung zwischen dem Bindung und den Nationalsozialisten bestand. Am 7. November fand die Unterredung statt, die ergebnislos blieb. Es blieb mir nicht verborgen, daß die falsche Bewegung immer stärker wurde und daß alles, auch in Norddeutschland, zur Explosion drängte. Am 8. November früh besuchte mich Hitler und informierte mich über die Lage. Ich sagte, es sei notwendig, den Herren Kahr, Lossow und Seiger den Vorschlag nach Berlin zur Abklärung der Kooperation zu erleichtern, und er entwidete keinen Plan, daß von München aus die deutsche Frage anferndelt werden müsse. Ich hatte zwar gedacht, daß die nationale Erhebung unter anderen Modisitäten vor sich gehen werde, aber ich war froh, daß endlich jemand den Mut hatte, den Herren, die die Neuordnung der Dinge anstreben den Vorschlag zu erleichtern. Hitler bot mir die Stellung eines Ministerpräsidenten an, da Kahr einen Mann brauche, auf den er sich verlassen könne. Mir kam die Sache unermarlet, doch antwortete ich ohne Zögern: „Ja, ich gehe mit.“ Ich war der Ansicht, daß ich als Mittelsmann zwischen Kahr und Hitler der völkischen Bewegung gute Dienste leisten könnte. Böhmer schilderte dann die Aussprache im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers. Kahr tat über den ganzen Vorfall äußerst entrüstet. Er war so gekränkt, daß er sich weigerte, irgend etwas zu unternehmen. Ich sagte, es handele sich doch um das gleiche Ziel, das wir alle hätten, um die Befreiung der Männer von Revolutionsstrafen. Kahr aber antwortete:

„Das hätte man doch vorher besprechen müssen. Man kann doch den anderen nicht so brüskantmäßig überfallen. Im übrigen erwarte ich nur noch einige Antworten. Hitler wollte doch noch 14 Tage warten.“

Auch Erzengel Ludendorff gegenüber verhielt sich Kahr ablehnend. Ludendorffs Unterhaltung mit Lossow hörte ich nur bruchstückweise. Lossow, der einen verstärkten Eindruck machte und sich neutral verhielt, sagte dann zu Ludendorff, der warmherzig und kameradschaftlich sprach, daß er mitmache. Mir war es eine Erlösung, als Erzengel Ludendorff gelungen war, Lossow zum Mitgehen zu veranlassen. Dann wandte sich Lossow an Seiger und ohne Einwendung nahm Seiger Ludendorffs Hand. Ich sah Oberst Seiger an, daß er nur auf Lossows Einwilligung gewartet hatte. Inzwischen hatten Lossow, Dr. Weber und ich mit Kahr gesprochen. Dann kam Ludendorff, der meinte, Kahr dürfe sich dem deutschen Volk nicht verschließen. Kahr war sehr kleinmütig und meinte, die Sache werde nicht anhalten. Ich erwiderte, daß die Namen Kahr und Lossow die Sache trügen und daß ein Mann wie Hitler mit so ungeheurer propagandistischer Kraft die Bewegung treiben könne. Kahr antwortete: „Als alte königliche Beamte können wir uns nicht hinter mir müssen uns vor den König stellen.“ Auch Hitler sagte: „Wir wollen ja gerade das Verbrechen am Königsplatz wieder gutmachen. Ich will zu Seiner Majestät fahren und ihm mitteilen, daß das Unrecht an dem hochheiligen Vater Seiner Majestät gutgemacht werden soll.“ Ich halte es für unmöglich, daß Lossow als alter Offizier sein Wort gebrochen hat.

Bei Herrn v. Kahr, den ich am besten kenne, hatte ich es für ausgeschlossen, daß er in der Verammlung uns eine Komödie vorgespielt hat.

Er kann nicht so ein Komödiant sein, der zum Schein sein Wort gibt. Nach der Verammlung trafen wir uns im Nebenzimmer wieder. Kahr fragte mich, wen ich als Landwirtschaftsminister vorschlage und wem die Leitung der Polizei anvertraut werden könne. Kahr meinte, daß mir Frid auch sehr sympathisch sein würde. Kahr wollte dann auch eine Rundgebung erlassen, doch bei Hitler, daß ihm dies überlassen bleibe. Ich fuhr dann ins Polizeipräsidium zu Oberstmann Frid, der sich bereit erklärte, das Polizeipräsidium zu übernehmen. Zu dieser Unterredung kam Oberst Panzer, der sich mir zur Verfügung stellte. Gegen 11 Uhr fuhr ich mit Frid zu Herrn v. Kahr ins Regierungsgebäude, der uns gegen 12 Uhr empfing. Kahr erklärte, er habe ein Aerialtelegramm an alle Behörden über den Regierungswechsel aufgegeben und mitgeteilt, daß er als Statthalter von Bayern alle Gewalt in Händen habe. Ich fragte, ob ich das Telegramm der Presse weitergeben könne. Kahr bejahte. Kahr war in bester Stimmung und bat mich, am nächsten Morgen um 9 Uhr wiederzukommen.

Böhmer schildert dann weiter die Ereignisse in der Nacht vom 8. zum 9. November. Lossow sei mit einemmal nicht mehr aufzufinden gewesen, und alle Versuche, mit ihm telefonisch in Verbindung zu kommen, seien gescheitert. Am Morgen des 9. November habe er dann von dem Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren, daß das Erscheinen der Morgenzeitungen vom Generalsstaatskommissar unter Androhung von Strafen verboten worden sei. Das habe ihn, Böhmer, die Arbeit verbracht, daß hier falsches Spiel getrieben worden sei. Er sei in das Wehrkreiskommando gefahren, wo er sich mit Ludendorff, Hitler, Köhm und Kriebel über die Lage besprochen habe. Hitler schlug vor, er wolle am nächsten Tag die öffentliche Meinung in großzügiger Weise bearbeiten, damit, wenn Kahr, Lossow und Seiger schwanken würden, durch die öffentliche Meinung das Gleichgewicht wieder hergestellt werde. Ich sollte die Polizeidirektion in die Hand nehmen. Ich ließ mich zu Oberst Panzer fahren. Panzer, der mir erst vor wenigen Stunden erklärt hätte, ich könnte auf ihn rechnen, legte mir dann, sichtlich betrunken und verärrt, daß er mich im Auftrage des Generalsstaatskommissariats in Haft nehmen würde. Das war für mich wie ein Faustschlag. Ich sagte nochmals: „Komme dieser Befehl von Herrn v. Kahr persönlich?“ Panzer antwortete: „Von Herrn Generalsstaatskommissar selbst.“ Ueber die Punkte, insbesondere über die Beziehungen zwischen Kahr, Seiger und Ehrhardt kann ich mich natürlich nicht in öffentlicher Sitzung äußern. — Vert.: Hat Herr v. Kahr Sie ernannt, der Presse an jenem Abend den Inhalt des Kreisdelegations mitzuteilen? — Angekl.: Jawohl, das hat er getan. — Vert.: Deshalb sollte die Polizeidirektion befehligt werden? — Angekl.: Um eine Basis zu haben. — Vert.: Sie haben in der Vorunter- suchung erklärt,

daß zum Teil die Reichsregierung mit Hilfe der National- armee abgelehrt werden sollte.

— Angekl.: Jawohl, Gewalt gegen Gewalt. Die Verbrecher- regierung, die wir seit fünf Jahren in Deutschland haben, ist keine gesetzliche Obrigkeit, deren Anordnungen binden. Von meinem Standpunkt als Kommandeur und Offizier sind das alles Verbrecher,

